



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 3

März 1962

Aufsätze:

- Güterbewegungsstatistiken
- Berlin- und Interzonenhandel 1960
- Spareinlagen 1900 bis 1960
- Löhne im Handwerk
- Verbrauch in Haushalten

Graphik des Monats: Wahlen in Schleswig-Holstein

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

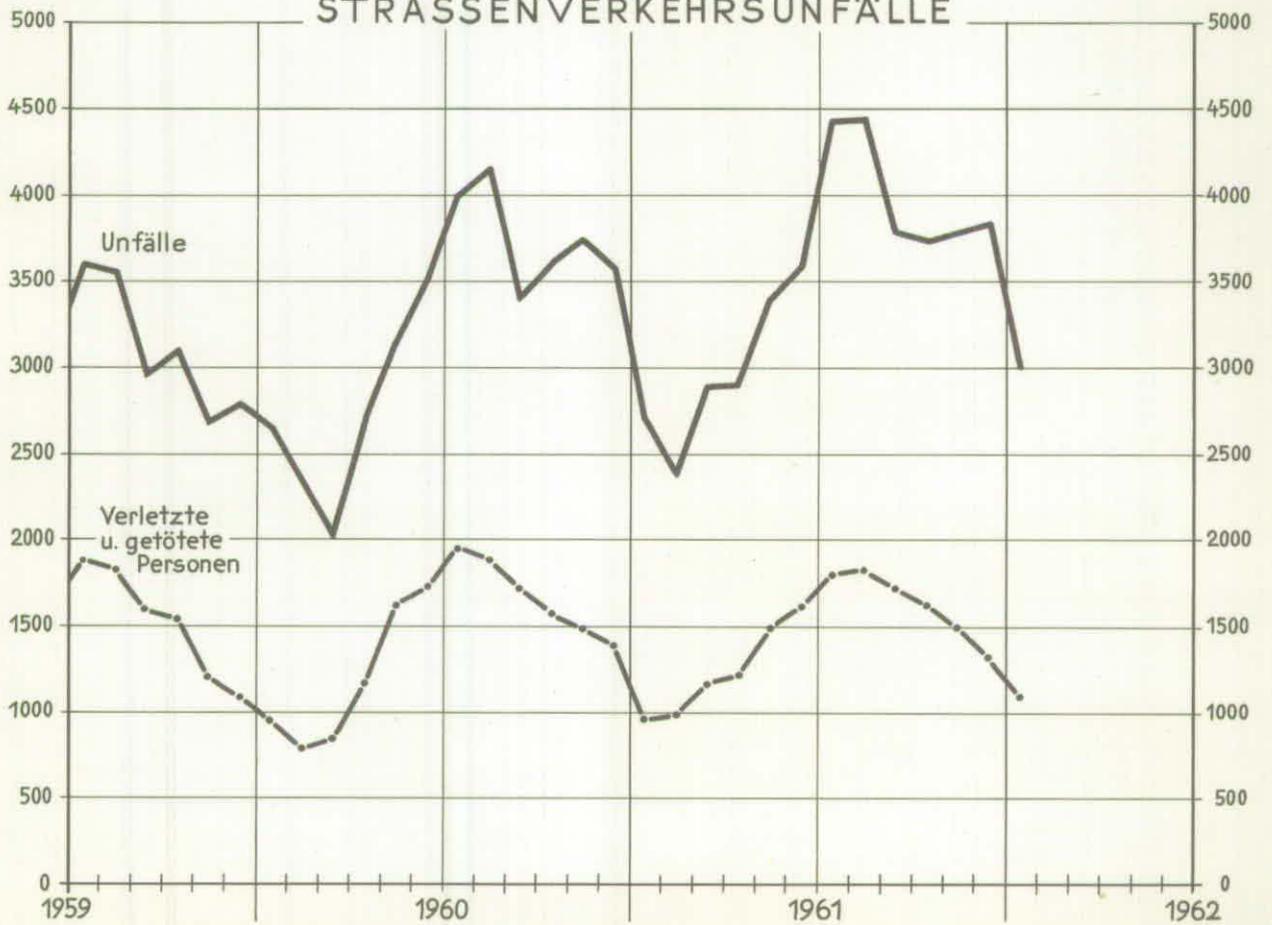
V 6458 E

D-3035

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



I N H A L T

3/62

Aktuelle Auslese	73
Aus dem Inhalt	74-75
Aufsätze	
Die Güterbewegungsstatistiken in Schleswig-Holstein	76-79
Der Berlin- und Interzonenhandel Schleswig-Holsteins 1960	79-81
Die Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Reichs-/Bundesgebiet von 1900 bis 1960	81-84
Arbeitszeiten und -löhne im Handwerk - Mai 1961 -	85-90
Der Verbrauch in Haushalten von Renten- und Fürsorgeempfängern . .	90-96
Graphik des Monats	88-89
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel. . . .	97-102
Kreiszahlen	103
Schleswig-Holstein im Bund	104
Wirtschaftskurven A - allgemein - . . .	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1961

Bundestagswahlen
Erwerbstätigkeit
Tuberkulose 1960
Die Qualität der Wohnungen
Fremdenverkehr im Sommer 1960
Spareinlagen 1950-1960
Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit

Versorgungsberechtigte Kriegsoffer
Filmtheater

Heft 11/1961

Geschlossene Fürsorge 1960
Mischfuttermittelverwendung
Wasserversorgung Industrie 1959
Studierende in Kiel

Brandschäden 1960
Güterverkehr Eisenbahnen

Heft 12/1961

Bruttoinlandsprodukt 1950 bis 1960
Industrie Schleswig-Holsteins
Einzelhandelsumsätze 1960
Nord-Ostsee-Kanal 1957 bis 1960
Lohnsummensteuer 1958

Heft 1/1962

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe
Bevölkerung 1960
Handelsdünger 1960/61
Schlacht- und Fleischbeschau
Industrieproduktion 1960
Baupreisstatistik

Ingenieurschulen 1960/61

Heft 2/1962

Allgemeinbildende Schulen 1961
Bundestagswahl 1961 - repräsentativ
Landw. Betriebe nach Hauptbetriebsart
Getreideernte und ihre Verwertung
Öffentliche Straßenverkehrsmittel
Umsätze 1960

Turnen und Sport
Jugendgruppen 1961
Obsternte 1961
Zwischenfruchtanbau 1961
Vermögensmillionäre



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 3

März 1962

Aktuelle Auslese

HOHER ANTEIL DES HANDWERKS AM SOZIALPRODUKT

Der Anteil des Handwerks am Bruttoinlandsprodukt betrug 1959 in

Schleswig-Holstein	19 %
Hamburg	9 %
Niedersachsen	11 %
Bremen	8 %
Nordrhein-Westfalen	8 %
Hessen	9 %
Rheinland-Pfalz	12 %
Baden-Württemberg	11 %
Bayern	13 %
Bundesgebiet	10 %

Dem Handwerk wurden die in die Handwerksrolle eingetragenen Betriebe zugerechnet. Es sind also auch die Handwerksbetriebe voll eingeschlossen, die neben dem Handwerk auch Handel betreiben.



RÜCKGANG DER AUSFUHR

Im Jahre 1961 hat Schleswig-Holstein nach einem vorläufigen Ergebnis für 1,1 Mrd. DM Güter ausgeführt, 10% weniger als 1960.

Dieser Rückgang entfällt ausschließlich auf die Schiffsablieferungen, deren Wert von 565 Mill. DM im Jahre 1960 auf 393 Mill. DM zurückging. Der Anteil der Schiffsablieferungen an der Gesamtausfuhr betrug 1961 nur noch 37% (1960: 47%). Wird der Schiffbau in beiden Jahren außer Betracht gelassen, so ergibt sich für 1961 eine Ausfuhrsteigerung von 8%.

ZAHL DER PKW NAHM WEITER ZU



Am 1. Januar 1962 gab es in Schleswig-Holstein rund 223 000 Personen- und Kombinationskraftwagen. Der Bestand ist damit im zweiten Halbjahr 1961 um 8% gestiegen. Im Bundesgebiet ohne Berlin waren Anfang 1962 5,6 Mill. Personen- und Kombinationskraftwagen vorhanden. Ihre Zahl hat seit Juli 1961 ebenfalls um 8% zugenommen.

DURCHSCHNITTLICHE LEBENSERWARTUNG DER BEVÖLKERUNG



Das Statistische Bundesamt hat berechnet, wie lange die Einwohner des Bundesgebiets (ohne Berlin) im Durchschnitt leben. Das läßt sich an der durchschnittlichen Lebenserwartung der Neugeborenen ablesen. Sie hat sich seit 1949/51 folgendermaßen entwickelt:

	männlich	- Jahre -	weiblich
1949/51	64,56		68,48
1957/58.	66,21		71,34
1958/59	66,75		71,88
1959/60	66,69		71,94

Die durchschnittliche Lebenserwartung des männlichen Geschlechts hat sich in den letzten 10 Jahren um reichlich 2 Jahre, die des weiblichen um knapp 3,5 Jahre erhöht.

Aus dem Inhalt

Güterbewegungsstatistiken

Seite 76

Das Statistische Landesamt veröffentlicht in vier Reihen von Statistischen Berichten Angaben über den Güterverkehr des Landes. Es werden die Verkehrsträger Eisenbahn, Kraftfahrzeug, Binnenschiff und Seeschiff angesprochen. Die Ergebnisse in den Haupttabellen dieser vier Veröffentlichungen sind miteinander zu vergleichen und lassen sich auch addieren. Um jedoch bei einer solchen Weiterverarbeitung Fehler zu vermeiden, ist es erforderlich, einige Kenntnisse über Art und Genauigkeit der Aussage der Statistiken zu haben. In dem hier veröffentlichten Aufsatz wird auf die Probleme hingewiesen, die bei Zusammenfassungen auftauchen können. - Neben den methodischen Ausführungen enthält der Aufsatz auch Ergebnisse. So wird angegeben, welche Gütermengen 1958 von den vier Verkehrsträgern zwischen den übrigen Bundesländern und Schleswig-Holstein befördert wurden. Dabei zeigt sich, daß am Güterverkehr mit Schleswig-Holstein vor allem Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Niedersachsen beteiligt waren.

Berlin- und Interzonenhandel 1960

Seite 79

Seit 1950 haben sich die Warenströme zwischen Berlin (West) und Schleswig-Holstein wesentlich erhöht. Wie im Bundesgebiet haben sich die Bezüge stärker ausgeweitet als die Lieferungen. Im Zeitraum 1950/60 stiegen die Bezüge aus Berlin um 650% und die Lieferungen nach Berlin um 140%. - Die schleswig-holsteinische Wirtschaft bezieht hauptsächlich Güter der elektrotechnischen Industrie und des Stahlbaues aus Berlin. Die Bezüge beider Wirtschaftszweige zusammen machten 1960 knapp die Hälfte aller Bezüge aus. Daneben spielen Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie eine Rolle. Auch die Textilindustrie Berlins scheint sich in stärkerem Maße den schleswig-holsteinischen Markt zu erschließen. - An der Spitze der schleswig-holsteinischen Warenlieferungen nach Berlin standen in den letzten Jahren verarbeitete Nahrungsmittel. Die Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte waren gegenüber 1959 zurückgegangen; dennoch stand diese Warengruppe auch 1960 an zweiter Stelle der Lieferungen. Erst in größerem Abstand folgten die Lieferungen von Produkten der elektrotechnischen Industrie und der Textilindustrie. - Im Interzonenhandel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost spielen außerwirtschaftliche Einflüsse eine zu große Rolle, um eine stetige Entwicklung zu ermöglichen. 1950 war der Warenaustausch Schleswig-Holsteins mit dem Währungsgebiet der DM-Ost größer als 1960, wobei die Lieferungen in beiden Jahren die Bezüge erheblich überstiegen. - 1960 hat Schleswig-Holstein - im Gegensatz zu 1959 - keine Brikettlieferungen direkt aus dem sowjetisch besetzten Gebiet erhalten. Bei den

Bezügen Schleswig-Holsteins aus diesem Gebiet standen 1960 Textilien sowie Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie im Vordergrund. - Schleswig-Holstein hat 1960 vor allem anorganische Chemikalien, Maschinen und feinmechanische und optische Geräte an die sowjetisch besetzten Gebiete geliefert. Diese Güter zusammen machten 76% der Gesamtlieferungen aus.

Spareinlagen 1900 bis 1960

Seite 81

In diesem Aufsatz wird versucht, die Entwicklung der Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Reichs-/Bundesgebiet für sechs Jahrzehnte aufzuzeigen. Für Schleswig-Holstein sieht diese Entwicklung in großen Zügen folgendermaßen aus: Um die Jahrhundertwende liegt das Sparguthaben in der Provinz Schleswig-Holstein mit 331 Mark je Einwohner weit über dem Reichsdurchschnitt (157 Mark). In Schleswig-Holstein wird damals weit mehr gespart als in den Agrarprovinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen, aber auch mehr als in den Industriegebieten Mittel- und Westdeutschlands. In der Zeit bis zum 1. Weltkrieg stiegen die Spareinlagen erheblich an und erreichten 1913 in Schleswig-Holstein 505 Mark je Einwohner (Reichsdurchschnitt: 294 Mark). Auch der Kriegsanfang hemmt die Spartätigkeit nicht. Erst nach dem Währungsschnitt 1923 schrumpfen die Guthaben. Das Pro-Kopf-Guthaben ist bis 1925 auf 27 Rentenmark im Reich und auf 28 Rentenmark in Schleswig-Holstein gesunken. Auch in der Zeit bis zum 2. Weltkrieg liegt das Guthaben der Einwohner in Schleswig-Holstein über dem Reichsdurchschnitt. Das Pro-Kopf-Guthaben erreichte jedoch nicht mehr die Höhe von 1900. In weit stärkerem Maße als der 1. Weltkrieg wirken sich der 2. Weltkrieg und seine Folgen auf die Sparneigung aus. In Schleswig-Holstein ist dabei das Guthaben je Einwohner stärker gefallen als im Bundesgebiet. 1950 erreichte Schleswig-Holstein mit einem Sparguthaben von 38 DM je Einwohner den Bundesdurchschnitt nur zu 61%. Im Laufe des dann folgenden Jahrzehnts kann das Land seinen Stand verbessern. 1960 wird der Bundesdurchschnitt zu 74% erreicht.

Löhne im Handwerk

Seite 85

Im Rahmen der Lohnerhebung für das Handwerk wurde festgestellt, daß die männlichen Arbeiter in den erfaßten Handwerkszweigen im Mai 1961 einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn von 2,74 DM haben. Sie verdienen 29 Pf mehr als im Mai 1960. Die Arbeiter der Handwerkszweige Bau- und Möbeltischlerei, Klempnerei, Fleischeri, Malerei und Anstreicherei lagen 1961 mit ihrem Stundenlohn über dem Durchschnitt von

2,74 DM. In den Zweigen Herrenschneiderei, Kraftfahrzeughandwerk, Bäckerei, Elektrotechnik und Schlosserei wurde unterdurchschnittlich verdient. Am wenigsten verdienten die Arbeiterinnen der Herren- und Damenschneiderei mit 1,57 DM in der Stunde. - Ein Vergleich der durchschnittlichen Verdienste zwischen Handwerk und Industrie ist nur in einigen Zweigen annähernd möglich. Als Ergebnis eines solchen Vergleichs ist festzuhalten, daß die Brutto-Stundenverdienste im Handwerk nicht ausnahmslos niedriger liegen als in der Industrie. So verdienten z. B. die Fleischer-gesellen mehr als die Facharbeiter in der Fleisch-warenindustrie.

Verbrauch in Haushalten

Seite 90

Zur Beobachtung der Verbrauchsentwicklung in den privaten Haushalten wird vom Statistischen Bundesamt auch die "untere Verbrauchergruppe" herangezogen. Es handelt sich dabei um Zwei- und Drei-Personen-Haushalte, die vorwiegend von Renten aus der Sozialversicherung oder von Fürsorge leben. 1952 hatten die untersuchten Haushalte ein durchschnittliches Monatseinkommen

von 166 DM und 1959 von 310 DM. Den Haushalten stand damit 1959 88% mehr Geld zur Verfügung als 1952. Das Einkommen dieser Haushalte mußte fast ausschließlich für den laufenden Verbrauch verwandt werden. Rücklagen konnten nur in geringem Umfange gemacht werden. 1952 wurde über die Hälfte der Einkommen für Nahrungsmittel ausgegeben. Zusammen mit den Ausgaben für Wohnung, Heizung und Beleuchtung waren 73% des Einkommens gebunden. 1959 entfielen auf diese Ausgaben 66% des Einkommens. - Auch bei der "unteren Verbrauchergruppe" haben sich die Konsumgewohnheiten zwischen 1952 und 1959 geändert. Diese Änderungen lassen sich auf dem Gebiet der Ernährung dahingehend zusammenfassen, daß weniger, aber besser gegessen wird. So ist z. B. auch bei diesen Haushalten der Butter- und der Fleischverbrauch gestiegen, der Brotverbrauch aber zurückgegangen. - Die wirtschaftliche Lage der Renten- und Fürsorgeempfänger hat sich in den letzten Jahren erfreulich gebessert, so daß neben den lebensnotwendigen Gütern auch individuelle Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Trotzdem sind auch 1959 diese Grenzen - besonders im Vergleich zu anderen Einkommensgruppen - noch recht eng.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Güterbewegungsstatistiken in Schleswig-Holstein

Das Statistische Landesamt veröffentlicht in 4 Reihen von Statistischen Berichten Angaben über den Güterverkehr des Landes. Jedem "Verkehrsträger" ist eine Reihe gewidmet; der Eisenbahn, dem Kraftfahrzeug, dem Binnen- und dem Seeschiff. Die Haupttabellen dieser Veröffentlichungen stimmen in der Unterteilung nach Güterarten überein und sind auch in der Aufgliederung nach Verkehrsbeziehungen möglichst aufeinander abgestimmt. Damit ist es möglich, die Ergebnisse miteinander zu vergleichen und auch, wenn es zweckmäßig ist, sie zu addieren. Bei einer solchen Weiterverarbeitung ist ein gewisses Minimum von Kenntnissen über Art und Genauigkeit der Aussage der Statistiken nötig, wenn man Fehler vermeiden will. Es erscheint deshalb nützlich, auf die Problematik von Zusammenfassungen einzugehen.

Die amtliche Statistik ist in der mißlichen Lage, ein Ergebnis über einen Sachverhalt erstellen zu müssen, das verschiedenen Zwecken dienen soll. In einer Geschäftsstatistik dagegen kann man zu einer präzisen Frage auch die präzise Antwort geben. Wenn man von den Fehlern jeder Erhebung, die durch Lücken in der Erfassung, absichtlich oder fahrlässig falsche Angaben, Schreib- und Rechenfehler oder Mängel in der Aufbereitung entstehen, absieht, kann hier das beste Ergebnis erreicht werden, da die Statistik nur dem einen Zwecke angepaßt wird. Die verschiedenen Zwecke, denen die amtliche Statistik dienen muß, liegen miteinander im Widerstreit. So kann die Seeschiffahrtstatistik den Schiffs- und Güterverkehr über See darstellen, aber auch den Weg der Außenhandelsgüter, den Einsatz der deutschen Flotte oder die Umschlagsleistungen der Häfen. Für jeden Zweck müßten die Fragen etwas anders gestellt oder die Erhebung anders abgegrenzt werden. Das ist aber nur möglich, wenn man eine Reihe von ähnlichen Statistiken nebeneinander herlaufen ließe, was sich wegen der Kosten verbietet. Es muß deshalb eine Fragestellung gefunden werden, die möglichst vielen Zwecken wenigstens näherungsweise gerecht wird, und die sich auch mit einem vernünftigen Aufwand beantworten läßt. Aus diesem Dilemma ergibt sich die Notwendigkeit, daß man die Aussage eines statistischen Ergebnisses genau kennen muß, wenn man damit arbeiten will. Nur in wenigen Fällen wird die Antwort der Statistik genau zur Frage des Benutzers passen. Meist stimmen die Begriffe nur annähernd überein und damit haben die Zahlen nur den Wert von - vielleicht sehr guten - Schätzungen. Oft genug wird man diese Divergenz auch nicht durch Angaben aus anderen Sta-

tistiken überbrücken können. Zu den oben erwähnten Erhebungsfehlern kommen also noch Ungenauigkeiten, die von der jeweiligen Fragestellung abhängen. Die Güte einer statistischen Aussage kann nur für die jeweils gestellte Frage beurteilt werden, von der sie damit abhängig ist.

Diese grundsätzliche Problematik zeigt sich auch in den Güterbewegungsstatistiken. Ausgehend davon, daß die Meldepflicht nur dem auferlegt werden kann, der das Gut transportiert, stellen diese Statistiken nur die Wege dar, die ein Gut mit einem Verkehrsträger zurücklegt. Am gesamten Transport sind aber meist mehrere Transportmittel beteiligt. So kann ein Gut mit dem Seeschiff ankommen, um dann in die Bahn umgeschlagen zu werden und schließlich mit dem Lkw im Güternahverkehr den Empfänger zu erreichen. Dieser "gebrochene Verkehr" wird nicht dargestellt, sondern zerfällt nach der Zahl der benutzten Transportmittel in mehrere Transportfälle, die in verschiedenen Statistiken erfaßt werden.

Entsprechend dieser Grundkonzeption sind nur die Werte einiger Begriffe der 4 Statistiken addierbar. Ohne weiteres trifft dies für die Transportleistungen, gemessen in tkm, zu. Diese Größe ist aber nur mit viel Rechenarbeit zu ermitteln und gibt einige Probleme auf in der Abgrenzung des Bereiches (regional, nach Transportmitteln, nach Gütern, nach Wirtschaftsbereichen), für den addiert werden soll. Da der gebrochene Verkehr mehrfach erfaßt wird, kann man die transportierten Gütermengen nicht zu einem Güterstrom zusammenfassen. Hierzu wäre es nötig, den Weg eines Ortes von der Quelle bis zum Ziel ohne Rücksicht auf Umladungen zu kennen. Die aus einem Quellgebiet in ein Zielgebiet verbrachten Güter bilden dann einen Güterstrom. In den vorliegenden Statistiken ist eine Addition nur sinnvoll als "beförderte Gütermenge" oder als "umgeschlagene Gütermenge". In der beförderten Gütermenge wird jedes Gut eines Transportfalles einmal gezählt. Sie ist also die Summe der Güter aller Transportfälle, also z. B. aller mit einer Eisenbahn innerhalb Schleswig-Holsteins beförderter Güter, ohne Rücksicht darauf, ob der Transport innerhalb des Landes bleibt oder die Grenze überschreitet. Bei der umgeschlagenen Gütermenge wird entsprechend verfahren, nur daß jetzt nicht die transportierten, sondern die umgeschlagenen, also ein- oder ausgeladenen Güter gezählt werden. In unserem Beispiel ist es die in Eisenbahnen innerhalb Schleswig-Holsteins ein- oder aus ihnen ausgeladene Gütermenge. Hat man nur eine

Verkehrsrichtung, Versand oder Empfang, im Auge, so sind die beiden Gütermengen gleich. Faßt man dagegen beide Richtungen zusammen, so kann bei der umgeschlagenen Menge Versand und Empfang einfach addiert werden, da zu jeder Richtung auch ein Umschlag gehört. Bei der beförderten Gütermenge darf jedoch der Binnenverkehr innerhalb des Landes nur einmal berücksichtigt werden, da er nur einmal befördert, wenn auch zweimal umgeschlagen wird. Die beförderte Gütermenge insgesamt ist also kleiner als die umgeschlagene. Hierauf ist besonders zu achten, wenn man den beobachteten regionalen Bereich vergrößert. Dann muß nämlich der nun Binnenverkehr werdende Verkehr entsprechend behandelt werden.

Da in der Tabelle Versand und Empfang getrennt sind, stellen die aufgeführten Werte sowohl die beförderte, als auch die umgeschlagene Gütermenge dar. Die Tabelle gliedert regional im wesentlichen nach den Bundesländern, im übrigen nach "Verkehrsträgern". Diesen Begriff darf man keineswegs im Sinne eines Gewerbes oder eines Verkehrsmittels nehmen. So enthält der Fernverkehr auf der Straße den gewerblichen Fernverkehr und den Werkfernverkehr. Aber auch wenn man den gewerblichen Fernverkehr hier gesondert aufführen wollte, wäre dies nicht die Leistung des in Schleswig-Holstein ansässigen Gewerbes. Dies führt nämlich auch Transporte zwischen Punkten durch, die beide außerhalb Schleswig-Holsteins liegen, während außerhalb des Landes sitzende Unternehmen auch in Schleswig-Holstein arbeiten. Man kann diese Statistik frei-

lich auch für das schleswig-holsteinische Gewerbe aufbereiten, erhält dann aber eine ganz andere Aussage. Ähnliches gilt für die Eisenbahn, zu der außer der Bundesbahn auch die nichtbundeseigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs gehören. Der Lastkraftwagenverkehr dieser Unternehmen ist in der 1. Spalte aufgeführt.

Noch schwieriger liegen die Dinge in der Abgrenzung zwischen Binnen- und Seeverkehr in der Schifffahrt. Hier wird weder nach einem Gewerbebegriff noch nach dem Verkehrsmittel (Binnen- oder Seeschiff) getrennt. Vielmehr ist das trennende Merkmal das Überschreiten der Seegrenze auf der betreffenden Fahrt. Da dies auch für Fahrten bis tief ins Binnenland gilt, hat sich die Notwendigkeit ergeben, von "Binnen-Seeverkehr" zu sprechen, der je nach Fragestellung dem Binnenverkehr oder dem Seeverkehr zugeschlagen wird. Es ist dies der Verkehr über See von Häfen des Küstengebietes mit Häfen des Binnenlandes. So ist eine Fahrt von Rendsburg über See und weiter durch den Dortmund-Ems-Kanal nach Duisburg Binnen-Seeverkehr. In Schleswig-Holstein zählt nur der Südostteil des Landes binnenwärts Lübeck und Hamburg (diese Häfen ausgenommen) zum Binnenland. Alles andere ist Küstengebiet. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, wird der Seeverkehr mit Seeschiffen durchgeführt. Sie sind aber ebenfalls im Binnenverkehr tätig. In Schleswig-Holstein werden insgesamt zwar nur wenige Prozent der im Binnenverkehr beförderten Gütermenge durch Seeschiffe befördert, für einzelne Häfen können es aber beachtliche

Güterverkehr Schleswig-Holsteins 1958

Verkehr Schleswig-Holsteins mit	Versand								Empfang							
	Fernverkehr auf der Straße		Eisenbahn		Schifffahrt				Fernverkehr auf der Straße		Eisenbahn		Schifffahrt			
	1000 t	%	1000 t	%	Binnen- verkehr 1000 t	%	See- verkehr ¹ 1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%	Binnen- verkehr 1000 t	%	See- verkehr ¹ 1000 t	%
Schleswig-Holstein	916	44	1 491	47	168	8	95	21	916	38	1 491	24	168	12	95	13
Hamburg	249	12	267	8	2 008	90	64	14	489	20	438	7	1 137	80	90	13
Niedersachsen	350	17	456	14	28	1	68	15	436	18	1 562	25	70	5	243	34
Bremen	71	3	120	4	-	-	150	34	39	2	50	1	-	-	83	12
Nordrhein-Westfalen	299	14	392	12	11	0	60	13	347	14	1 780	29	48	3	181	26
Hessen	58	3	80	3	1	0	3	1	49	2	222	4	0	0	4	1
Rheinland-Pfalz	23	1	54	2	1	0	3	1	51	2	138	2	1	0	11	2
Baden-Württemberg	57	3	90	3	3	0	3	1	35	1	57	1	1	0	1	0
Bayern	58	3	230	7	1	0	0	0	61	3	452	7	-	-	1	0
dem Bundesgebiet ohne Berlin	2 081	100	3 180	100	2 221	100	447	100	2 424	100	6 191	100	1 425	100	708	100
Berlin	209	.	34	.	44	.	-	.	26	.	6	.	10	.	-	.
der Sowjetischen Besatzungszone	0	.	41	.	22	.	-	.	1	.	780	.	44	.	-	.
dem Saarland	0	.	8	.	-	.	-	.	6	.	2	.	-	.	-	.
dem Ausland (einschl. der Ostgebiete des Deutschen Reiches)	4	.	286	.	-	.	811	.	12	.	153	.	14	.	3 867	.
Insgesamt	2 294	110	3 547	112	2 287	103	1 258	281	2 470	102	7 133	115	1 493	105	4 575	645

1) einschl. Binnen-Seeverkehr

Anteile sein. Es sei nur an Kiel erinnert, das durch den Nord-Ostsee-Kanal eine Verbindung hat, auf der Seeschiffe von über 10 000 BRT im Binnenverkehr mit Hamburg fahren. Der Anteil der durch Seeschiffe beförderten Güter an der gesamten im Binnenverkehr ankommenden Gütermenge beträgt in Kiel über ein Drittel. Aus dem Gesagten erhellt, daß eine Trennung nach Binnen- und Seeverkehr für Schleswig-Holstein nur für spezielle Fragen sinnvoll ist. Das Statistische Landesamt läßt sie deshalb in vielen Veröffentlichungen fort.

In der Tabelle fehlt der Güternahverkehr. Er würde nur im Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins und mit Hamburg und Niedersachsen in Erscheinung treten. Es wird dem Leser inzwischen klar geworden sein, daß das nur für bestimmte Fragen eine Lücke bedeutet. Immerhin wird sie in absehbarer Zeit geschlossen werden.

Die Tabelle gliedert in regionaler Hinsicht in erster Linie nach Bundesländern. Es wird also angegeben, welche Gütermengen die 4 "Verkehrsträger" zwischen den Ländern und Schleswig-Holstein befördern. Es ist auch möglich, durch Addition zu ermitteln, welche Gütermengen die Grenze Schleswig-Holsteins überschreiten, da dies immer nur auf einem Verkehrsmittel geschieht. Man kann aber keine Güterströme zwischen Schleswig-Holstein und einem anderen Land bilden. Wegen des gebrochenen Verkehrs kennt man nicht Abgangs- und Zielort des gesamten Weges. Im Empfang des Seeverkehrs aus dem Ausland ist z. B. Holz aus Finnland enthalten, das mit der Bahn nach Nordrhein-Westfalen weiterversandt wird. Hier handelt es sich also um Transitverkehr. Der Versand mit dem Lkw nach Hamburg enthält viele Güter, die Hamburg dann nach Übersee mit dem Schiff verlassen, auf die ganze Reise gesehen also Versand ins Ausland darstellen. Oder Kohle aus dem Ruhrgebiet wird in Emden umgeschlagen und kommt nun als Empfang aus Niedersachsen im Seeverkehr an. Eine waagerechte Addition der Zeilen ergibt also keineswegs den Güterverkehr zwischen Schleswig-Holstein und diesem Land. Diese Frage können die Güterbewegungsstatistiken direkt überhaupt nicht beantworten. Die Addition würde nur sagen, welche Gütermengen ohne Umladung von den 4 "Verkehrsträgern" zwischen Schleswig-Holstein und einem bestimmten Land transportiert wurden. Diese Aussage ist uninteressant.

Kann man schon nicht addieren, so kann man aber doch vergleichen. Vergleichbar sind selbstverständlich die Zahlen einer Spalte miteinander und mit der entsprechenden Spalte der anderen Verkehrsrichtung. Vergleichbar sind auch Relationen hieraus mit den entsprechenden Relationen aus anderen Spalten. Die wichtigsten,

nämlich die Anteile am Gesamtverkehr mit dem Bundesgebiet, sind angegeben. Das Verhältnis von Versand zu Empfang läßt sich leicht bilden. Zur Beurteilung muß man aber noch andere Tatsachen heranziehen, so besonders die Kenntnis der Verkehrswege. Daß der Straßenverkehr mit dem süddeutschen Raum ein recht ausgeglichenes Verhältnis von Versand und Empfang zeigt, liegt daran, daß der einzelne Unternehmer auf Rückfracht auf der gleichen Strecke bedacht sein muß. Die Bahn braucht auf diesen Ausgleich nicht zu achten, da sie andere Möglichkeiten hat, ihre Transportmittel umlaufen zu lassen. Das Überwiegen des Seeverkehrs gegenüber dem Binnenverkehr, außer im Verkehr innerhalb des Landes und mit Hamburg, liegt einfach daran, daß der Weg über die Elbe und den Mittellandkanal für die meisten Gebiete ein Umweg ist, der zudem noch durch die Zonengrenze durchschnitten wird. Das westdeutsche Kanalnetz ist daher praktisch nur über See zu erreichen.

Es sieht nun so aus, als ob der Vergleich der Güterbewegungsstatistiken nur wenig Nutzen hat. Für die straffe Zusammenfassung der vorliegenden Tabelle und die unmittelbare präzise Aussage der Statistiken trifft dies wohl zu. Es muß hier an das eingangs Gesagte angeknüpft werden. Die Statistik soll auch noch andere Fragen beantworten, auf die sie nicht unmittelbar zugeschnitten ist. Hierzu muß man umrechnen, auf- und ausgliedern und schließlich auch schätzen. In der Statistik sind ja wesentlich mehr Merkmale erfragt, als hier aufgeführt sind. Nutzt man alle Informationen über das Verkehrsmittel, so kann man zu recht brauchbaren Ergebnissen für ein Gewerbe gelangen. Das bedarf natürlich im allgemeinen zusätzlicher Arbeit, deren Größe mit der Güte der Ergebnisse in Zusammenhang steht. Grobe Abschätzungen sind verhältnismäßig leicht zu erstellen, genaue Angaben brauchen viel Kleinarbeit. Auch der gebrochene Verkehr läßt sich recht gut zusammenstellen, wenn man nach Güterarten aufgliedert und Empfang und Versand vergleicht. Letztlich hilft der Umschlagort weiter, den man dem Urmaterial entnehmen muß. Die Genauigkeit, die auf diesem Wege zu erreichen wäre, muß man beurteilen angesichts der Probleme, die die Definition des gebrochenen Verkehrs überhaupt stellt. Es müßte nämlich geklärt werden, wann ein Lagern oder Eigentumswechsel vor dem Weitertransport den Weg des Gutes unterbricht. Die Definitionsschwierigkeiten können zusätzlich die Genauigkeit des Ergebnisses beeinträchtigen.

Neben Landesergebnissen können die Statistiken auch für kleinere Gebiete Angaben liefern. Dies wird laufend in der Schifffahrtstatistik gemacht, in der Angaben für Häfen veröffentlicht werden.

Sie sind ebenfalls ergänzbar durch Zahlen über andere Verkehrsmittel, die man verschiedenen Quellen entnehmen kann. Kernstück hierbei sind aber die amtlichen Güterbewegungsstatistiken. Die Fülle der Fragen, zu deren Beantwortung

die Güterverkehrsstatistiken beitragen können, läßt sich nur andeuten. In jedem Falle empfiehlt es sich, den Rat des Fachmannes einzuholen.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Der Berlin- und Interzonenhandel Schleswig-Holsteins 1960

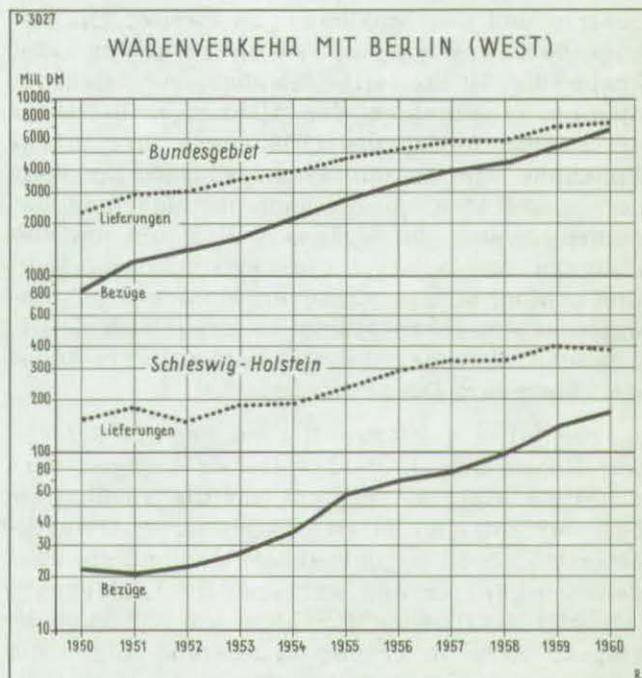
Berlinhandel

Der begleitscheinpflichtige Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet hat sich in den vergangenen zehn Jahren laufend erhöht. 1950 - ein Jahr nach Beendigung der Versorgung Berlins über die Luftbrücke - stand der Warenaustausch noch unter dem Zeichen, vordringlich lebensnotwendige Güter nach Berlin (West) zu liefern, so daß die Warensendungen wertmäßig fast das Dreifache der Bezüge ausmachten. In den folgenden Jahren hat sich jedoch die Kapazität der Berliner Wirtschaft so erhöht, daß sie neben dem örtlichen Markt nunmehr auch Absatzgebiete im Bundesgebiet beliefern konnte. Das überproportionale Anwachsen der Lieferungen in das Bundesgebiet ist das beste Zeichen für die wachsende Wirtschaftskraft Berlins. Die Bezüge aus Berlin (West) sind seit 1950 im Wert auf das Achtfache gestiegen, während die Lieferungen nach Berlin (West) auf etwa das Dreifache zugenommen haben. 1960 lag daher der Wert der aus Berlin (West) bezogenen Güter nur noch um knapp 600 Mill. DM, das ist ein Zwölftel, niedriger als der Wert der nach Berlin versandten Waren.

Die Berliner Wirtschaft hat auch unter den erschwerten Verhältnissen der Nachkriegsjahre wieder ihre typischen Fertigungen auf- und ausbauen können wie z. B. die Elektroindustrie und den Maschinenbau. Güter dieser beiden Zweige machten bis etwa 1955 rund 60% der mit dem übrigen Bundesgebiet getätigten Umsätze aus. Dieser Anteil ging jedoch in den folgenden Jahren trotz absoluter Steigerungen auf etwa 40% (1960) zurück, da nunmehr auch andere Industriezweige in stärkerem Maße auf die Märkte des übrigen Bundesgebietes drängten. Dazu gehörten besonders die Tabakwaren-, die Nahrungsmittel-, die Chemische-, die NE-Metall- und die Stahlbauindustrie. Die Leistungsfähigkeit der Berliner Industrie kommt in den Zuwachsraten der letzten Jahre besonders deutlich zum Ausdruck, die jeweils höher als die Zuwachsraten der Lieferungen aus den übrigen Bundesländern sind. 1960 stiegen z. B. die Lieferungen aus Berlin um 22%, die Lieferun-

gen nach Berlin dagegen nur um 3% an, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß Berlin 1959 kurzfristig und einmalig mit Vorräten versehen wurde, so daß dieses Jahr etwas aus der normalen Entwicklung herausfällt und als Vergleichsbasis nicht typisch ist.

Schleswig-Holsteins Verflechtungen mit der Berliner Wirtschaft sind zwar vielfältig, jedoch nach den vorliegenden Zahlen ist besonders der Warenbezug nicht sehr hoch. Es hat sich zwar auch, wie im Bundesdurchschnitt, dem Wert der Lieferungen angeglichen, ihn jedoch noch nicht so weit wie dort erreicht. Die geringen Werte dürften zum Teil dadurch beeinflusst sein, daß nur begleitscheinpflichtige Waren erfaßt werden und entsprechend nur der Direktbezug registriert werden kann. Da jedoch ein Teil der schleswig-holsteinischen Wirtschaft über Großhandlungen und Zweigniederlassungen aus Hamburg und anderen Städten außerhalb des Landes versorgt wird, dürfte der Wert der wirklich in Schleswig-Holstein umgesetzten Berliner Waren höher sein, als es die vorliegenden Zahlen widergeben.



Seit 1950 haben sich jedoch auch die Warenströme zwischen Berlin (West) und Schleswig-Holstein wesentlich erhöht, wenn auch die Zuwachsraten zum Teil unter denen des gesamten Bundesgebietes geblieben sind. Wie im Bundesdurchschnitt haben sich die Bezüge stärker ausgeweitet als die Lieferungen. In den vergangenen zehn Jahren stiegen die Bezüge um 650%, die Lieferungen um 140%. Die jährlichen Veränderungen der Umsätze sind recht ausgeprägt, wie die in der Abb. festgehaltene Entwicklung seit 1955 zeigt. Die Warenlieferungen aus Berlin (West) haben sich stetig erhöht, während die Käufe der Berliner Wirtschaft in Schleswig-Holstein 1958 stagnierten. Die Zunahme 1959 ist durch die schon erwähnte Bevorratung Berlins beeinflusst, die der Berliner Senat veranlaßte. Aus Schleswig-Holstein gingen vor allem Erzeugnisse der Ernährungsindustrie und landwirtschaftliche Produkte zu diesem Zweck nach Berlin. 1960 blieben die Warenlieferungen um 7% unter dem Vorjahresniveau.

Tab. 1 Die wesentlichen Warenbezüge Schleswig-Holsteins aus Berlin (West) 1959 und 1960

Warengruppe	1959	1960	Veränderung 1960 gegenüber 1959 in %
	in Mill. DM		
Elektrotechnik	44,8	51,3	+ 15
Stahlbau	37,4	29,1	- 22
Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	8,1	18,5	+ 128
Maschinenbau	13,0	18,2	+ 40
Textilien	4,0	8,9	+ 125
Steine und Erden	5,6	7,7	+ 38

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft bezieht hauptsächlich Güter der elektrotechnischen Industrie und des Stahlbaus aus Berlin. Die Bezüge beider Wirtschaftszweige machten 1960 knapp die Hälfte aller Bezüge aus. Daneben spielen Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie eine Rolle, die 1960 durch ihre starke Zunahme die Maschinenlieferungen im Wert noch übertrafen, obwohl auch der Maschinenbau seinen Absatz in Schleswig-Holstein um 40% steigern konnte. Auch die Textilindustrie Berlins scheint sich in stärkerem Maße den schleswig-holsteinischen Markt zu erschließen. Die Zuwachsraten der letzten beiden Jahre lagen weit über dem Durchschnitt.

An der Spitze der Warenlieferungen aus Schleswig-Holstein nach Berlin stehen dagegen verarbeitete Nahrungsmittel, auf die 1960 allein 56% der mit Berlin (West) getätigten Umsätze entfallen. 1960 lag der Absatz geringfügig über dem des Vorjahres, während die Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte um 23% zurückgingen. Erst in größerem Abstand folgen die Lieferungen von Artikeln der Elektroindustrie

Tab. 2 Die wesentlichen Warenlieferungen Schleswig-Holsteins nach Berlin (West) 1959 und 1960

Warengruppe	1959	1960	Veränderung 1960 gegenüber 1959 in %
	in Mill. DM		
Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	212,9	213,2	+ 0
Landwirtschaft und Weinbau	112,4	86,2	- 23
Elektrotechnik	9,4	12,3	+ 32
Textilien	8,4	10,4	+ 24
Papierherzeugung	8,2	7,1	- 14
Eisen-, Blech- und Metallwaren	6,8	6,3	- 7
Gärtnerei und Baumschulen	7,2	6,3	- 13
Maschinenbau	10,1	5,7	- 44

und der Textilindustrie. Beide Zweige konnten jedoch auch 1960 ihre Sendungen nach Berlin beträchtlich vergrößern. Dagegen mußte der Maschinenbau, der noch 1959 an dritter Stelle stand, einen spürbaren Rückgang seiner Berlinlieferungen hinnehmen. Ebenso konnte die papiererzeugende Industrie sowie die Eisen- und Blechwarenindustrie und die Gärtnereien und Baumschulen ihre Vorjahresumsätze nach Berlin nicht wieder erreichen. Von den anderen Warengruppen, deren Lieferungen nach dem Wert allerdings nur eine untergeordnete Rolle spielen, ist die Zunahme der Fischlieferungen an Berlin (West) hervorzuheben. Relativ noch stärker war die Steigerung bei der NE-Metallindustrie, deren Berliner Umsatz damit 1960 die Millionengrenze überschritten hat.

Interzonenhandel

Im Interzonenhandel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost spielen außerwirtschaftliche Einflüsse eine zu große Rolle, um eine stetige Entwicklung zu ermöglichen. Der Warenverkehr schwankt daher in Schleswig-Holstein von Jahr zu Jahr sowohl wertmäßig als auch in seiner Zusammensetzung sehr stark. Vor zehn Jahren, also 1950, war der Warenaustausch Schleswig-Holsteins in beiden Richtungen größer als 1960, wobei die Lieferungen in beiden Jahren die Bezüge erheblich überstiegen. Das Überwiegen der Lieferungen trifft im Interzonenhandel für fast alle Jahre zu, und zwar für 1960 im Vergleich zu 1950 im verstärktem Maße, da die Bezüge stärker zurückgegangen sind (- 32%) als die Lieferungen (- 7%). Nur das Jahr 1959 bildet eine Ausnahme. Die Bezüge stiegen sprunghaft auf das Fünffache an, im wesentlichen durch die Erhöhung der Brikettlieferungen auf einen Wert von 10,9 Mill. DM bedingt. Die Bezüge übertrafen dadurch im Wert sogar die Lieferungen, die um 26% gestiegen waren. 1960 sanken die Lieferungen aus dem sowjetisch besetzten Gebiet jedoch fast wieder auf ein Drittel von 1959, da Brikettlieferungen ausblieben. Anscheinend sind 1960 Braunkohlenbriketts

Tab. 3 Interzonenhandel Schleswig-Holsteins mit dem Währungsgebiet der DM-Ost 1950 und 1955 - 1960

Jahr	Bezüge	Lieferungen	Bezüge	Lieferungen
	in Mill. DM		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	
1950	9,9	15,7	.	.
1955	4,0	17,4	+ 49	+ 61
1956	4,8	17,1	+ 20	- 2
1957	3,7	15,3	- 21	- 10
1958	3,7	14,5	- 1	- 5
1959	18,5	18,3	+400	+ 26
1960	6,7	14,6	- 64	- 20

wieder über Niederlassungen in anderen Bundesländern und nicht direkt nach Schleswig-Holstein gekommen.

Durch den Fortfall der nachweisbaren Brikettlieferungen standen 1960 Textilien sowie Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie im Vordergrund. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr waren recht unterschiedlich. Textilien und Maschinen wurden zwar mehr bezogen, aber nicht in dem Maße, wie Produkte der Landwirtschaft, deren Umsätze auf das Fünffache stiegen. Dagegen wurden nur halb so viel Güter der Ernährungsindustrie aufgenommen. Von den wichtigeren Gütern konnten auch Feinkeramik, Steine und Erden sowie Mineralöle und anorganische Chemikalien die Vorjahreswerte nicht wieder erreichen.

Die Lieferungen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an die sowjetisch besetzten Gebiete unterlagen nicht ganz so großen Schwankungen wie die Bezüge, wenngleich auch hier die Veränderungen auf politisch bedingte Erschwerungen der Wirtschaftsbeziehungen hinweisen. Seit 1956 waren die Lieferungen rückläufig und nur 1959 wurde diese Tendenz unterbrochen; sie setzte sich 1960 weiter fort. Insgesamt gingen die Lieferungen um 20% gegenüber dem Vorjahr zurück.

Im Berichtsjahr bildeten anorganische Chemikalien, Maschinen und feinmechanische und op-

Tab. 4 Interzonenhandel Schleswig-Holsteins mit dem Währungsgebiet der DM-Ost nach wesentlichen Warengruppen 1959 und 1960

Warengruppe	1959	1960	Veränderungen 1960 gegenüber 1959 in %
	in 1 000 DM		
Bezüge			
Textilien	2 087	2 561	+ 23
Maschinenbau	606	839	+ 38
Landwirtschaft und Weinbau	137	688	+402
Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	1 006	509	- 49
Feinkeramik	347	281	- 19
Glas und Glaswaren	178	263	+ 48
Chemisch-technische Erzeugnisse	4	262	x
Steine und Erden	304	255	- 16
Bergbau	10 894	3	-100
Lieferungen			
Anorganische Chemikalien und Grundstoffe	4 675	4 649	- 1
Maschinenbau	3 219	3 763	+ 17
Feinmechanik und Optik	1 927	2 623	+ 36
Elektrotechnik	919	730	- 21
Eisen und Stahl	792	609	- 23
Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	5 790	465	- 92
Hochsee- und Küstenfischerei	41	445	+985

tische Geräte 76% der Lieferungen. Daneben spielten u. a. elektrotechnische Geräte, Eisen und Stahl sowie Produkte der Ernährungsindustrie und Fische noch eine gewisse Rolle. Gegenüber 1959 zeigt die Zusammensetzung wesentliche Unterschiede durch die Abnahme der Nahrungsmittellieferungen um 92%. Sie hatten 1959 eine Höhe von 5,8 Mill. DM erreicht und damit fast ein Drittel der Gesamtlieferungen gestellt. Die Nahrungsmittellieferungen schwanken jedoch in den Vergleichsjahren sehr stark; sie fielen z. B. von 1956 auf 1957 von 6,4 Mill. DM auf 1,3 Mill. DM ab und blieben 1958 unter der Millionengrenze, die sie auch 1960 bei weitem nicht erreichten.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: "Der Berlin- und Interzonenhandel Schleswig-Holsteins im Jahre 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 61 (März)

Die Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Reichs-/Bundesgebiet

von 1900 bis 1960

Die Gewohnheit, das ersparte Geld in einem "Sparstrumpf" aufzubewahren, ändert sich Ende des letzten Jahrhunderts weitgehend. Zwar bestehen schon seit Ende des 18. Jahrhunderts

(1778 in Hamburg) in Deutschland Sparkassen, jedoch nicht in der Anzahl, um allen Bevölkerungsschichten das Sparen bei Sparkassen näher zu bringen. Die ständigen regionalen

Neugründungen und das wachsende Vertrauen in die Sicherheit der Sparkassen bewirken eine Änderung der Spargewohnheiten. Das Kontensparen ersetzt in immer stärkerem Umfang den "Sparstrumpf". Das Bestreben der meist auf kommunaler Basis gegründeten Sparkassen, den Spargedanken besonders bei den unteren Bevölkerungsschichten zu fördern, hat Erfolg.

So erreicht das Gesamtsparguthaben, welches sich auf rund 15 Mill. Sparkonten verteilt, im Reich zur Jahrhundertwende 8,8 Mrd. Mark. Dies bedeutet ein Pro-Kopf-Guthaben von 157 Mark, pro Sparbuch ein Guthaben von 595 Mark. Die Provinz Schleswig-Holstein weist zur gleichen Zeit ein weit über dem Reichsdurchschnitt liegendes Pro-Kopf-Guthaben von 331 Mark auf; pro Sparbuch sind es sogar 977 Mark. Dies mag zum Teil an dem weitverbreiteten Sparkassennetz in Schleswig-Holstein liegen, das dreimal so dicht wie das des Reiches ist - in Schleswig-Holstein entfallen auf 7 300 Einwohner eine Sparkasse, im Reich dagegen nur auf 21 000 -, deutet zum anderen aber, nimmt man das Pro-Kopf-Guthaben als Wohlstandsmesser, auf einen gewissen Wohlstand hin. Allerdings muß bei dieser Betrachtungsweise berücksichtigt werden, daß das Pro-Kopf-Guthaben im Reich durch die nicht so sparintensiven Agrarprovinzen Ost- und Westpreußen und Posen, wo es zwischen 50 und 70 Mark liegt, erheblich gedrückt wird. Die Industriebevölkerung Mittel- und Westdeutschlands ist ebenfalls noch nicht in der Lage, größere Einkommensteile zu sparen. In Schleswig-Holstein dagegen herrscht zu dieser Zeit der wohlhabende Mittelstand vor.

Das sich stark vergrößernde Volkseinkommen des Deutschen Reiches schlägt sich auch in einem stetigen Anwachsen der Sparer und der

Sparsumme nieder. Besitzt bis 1900 nur jeder Vierte ein Sparbuch, so ist es 1913, im letzten Friedensjahr, schon jeder dritte. In Schleswig-Holstein hat schon um die Jahrhundertwende jeder dritte ein Sparbuch und 1913 fast jeder zweite. Die gesamte Sparsumme steigt in dieser Zeit im Reich auf mehr als das Doppelte und in Schleswig-Holstein auf fast das Doppelte an. Das bedeutet ein Anwachsen des Pro-Kopf-Guthabens auf 294 Mark bzw. 505 Mark. Schleswig-Holstein liegt also weiterhin hoch über dem Reichsdurchschnitt.

Der Kriegsanfang hemmt die Spartätigkeit nicht. Die Steigerung der Spareinlagen hält an. In Schleswig-Holstein nähert sich die Sparsumme 1916 der Milliarden-Grenze, und im Reich sind es über 21 Mrd. Mark. Würde man zu diesem Betrag noch die erheblichen Summen, für die Kriegsanleihen gezeichnet werden, hinzurechnen - nach dem "Brockhaus" werden von 1914 bis 1918 neun Kriegsanleihen aufgelegt und etwa 98 Mrd. Mark gezeichnet -, denn auch diese müssen als eine Ersparnisform angesehen werden, so würde sich die Sparsumme bedeutend erhöhen.

Die inflationistischen Tendenzen treiben das Sparvolumen 1920 zu einem Höhepunkt. Die gesamten Spareinlagen erreichen in Schleswig-Holstein 1,6 Mrd. Mark und im Reich 44,6 Mrd. Mark, was ein Pro-Kopf-Guthaben von 1 067 Mark bzw. 721 Mark ergibt. Diese ungesunde Steigerung findet 1923 mit der Währungsstabilisierung und der gleichzeitigen Einführung der Renten-Mark ihren Abschluß. Es ist nicht verwunderlich, daß dieser Währungszusammenbruch dem Sparwillen sehr abträglich ist. Die Anzahl der Sparkonten ist 1925 im Reich auf 3,9 Mill. und in Schleswig-Holstein auf 97 Tsd. - also auf ein Zehntel von 1920 - zusammenge-

Tab. 1 Die Spareinlagen bei Sparkassen¹ 1900 bis 1960

Stand am Jahresende	Reichs-/Bundesgebiet ²				Schleswig-Holstein ³			
	Sparkonten	Guthabensumme	Guthaben		Sparkonten	Guthabensumme	Guthaben	
			je Einw.	je Sparbuch			je Einw.	je Sparbuch
	in 1 000	Mill. M/RM/DM	M/RM/DM		in 1 000	Mill. M/RM/DM	M/RM/DM	
1900	14 864	8 839	157	595	471	460	331	977
1905	17 948	12 675	209	706	550	592	393	1 077
1910	21 534	16 781	258	779	637	728	449	1 144
1913	23 872	19 689	294	825	707	845	505	1 196
1916	27 205	21 433	317	788	809	919	562	1 136
1920	34 095	44 563	721	1 307	967	1 586	1 067	1 641
1925	3 862	1 694	27	439	97	43	28	440
1930	17 977	10 752	167	598	609	361	230	594
1934	32 919	12 814	193	389	929	381	238	410
1939	33 840	19 665	284	581	793	464	292	585
1949	.	2 132	44	153	.	77	29	.
1950	15 700	2 801	57	178	622	97	38	156
1955	21 053	13 555	262	619	791	424	186	536
1960	28 000	33 724	607	1 159	920	1 025	444	1 069

1) Öffentliche und Nichtöffentliche Sparkassen 2) bis 1920 ohne Braunschweig; jeweiliger Gebietsstand (ab 1949 mit Berlin-West, 1960 mit Saarland) 3) bis 1934 ohne Lübeck

Quelle: Jahrbücher des Statistischen Reichsamtes, des Statistischen Landesamtes von Preußen und des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein; Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisationen 1948 - 1956; Jahresbericht, Deutscher Sparkassen- und Giroverband 1960

schrumpft. Das Pro-Kopf-Guthaben ist rapide auf 27 Renten-Mark im Reich und auf 28 Renten-Mark in Schleswig-Holstein gesunken. Von diesem Schlag erholt sich die Sparneigung besonders in Schleswig-Holstein nur schwer. Zwar liegt das Pro-Kopf-Guthaben auch weiterhin über dem Reichsdurchschnitt, erreicht jedoch bis zum zweiten Weltkrieg nicht mehr die Höhe von 1900. Auch im Reich sind die Zuwachsraten relativ klein. Die Unsicherheit in der Wirtschaft, ausmündend in die Weltwirtschaftskrise, mag dazu beigetragen haben. Erst nach 1934 macht sich eine stärkere Steigerung bemerkbar, so daß im Reich 1939 die Gesamtsparsumme von 1913 erreicht wird. Jeder zweite Deutsche besitzt ein Sparbuch. In Schleswig-Holstein dagegen wird nur etwa die Hälfte der Sparsumme von 1913 erreicht, was aber zum Teil in der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark (1920) und dem Groß-Hamburg-Gesetz (1937) seine Ursache hat.

Eine Darstellung des Zeitraumes 1940 bis 1947 dürfte sich für diese langfristige Betrachtung als unfruchtbar erweisen, da Konsumeinschränkungen und Zwangssparmaßnahmen das Bild verzerren.

In weit stärkerem Maße als der erste Weltkrieg wirken sich der zweite Weltkrieg und seine Folgen auf die Sparneigung aus. Der größte Teil der Bevölkerung hat nicht nur sein Geld-, sondern auch sein Sachvermögen verloren. Daher ist es weitgehend unmöglich, Einkommensteile zu Sparzwecken abzuzweigen. Das gesamte Einkommen wird verbraucht. Die Währungsreform tut ein Übriges. Nur langsam erholt sich der Sparwille. Es werden nur geringe Summen gespart, aber der Anfang ist gemacht. In der Bundesrepublik liegt 1949 bei allen Kreditinstituten zusammen eine Sparsumme von nur 3,1 Mrd. DM, was einem Pro-Kopf-Guthaben von 65 DM entspricht; im Jahre 1960 - also 11 Jahre später - betragen dagegen allein die Zinsgutschriften auf Sparkonten etwa 1,9 Mrd. DM. Der Spar-Zweck hat sich jedoch weitgehend geändert; wurde früher hauptsächlich für die Altersvorsorge gespart, so ist das Sparen heute häufig nur noch eine zeitlich begrenzte Anlage für eine größere Anschaffung.

Komplizierter liegt der Fall in Schleswig-Holstein. Die Gesamtsparsumme und damit das Pro-Kopf-Guthaben ist noch stärker gefallen. Es liegt erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (1949: 39 DM), was sich bis heute noch nicht geändert hat. Es erreicht 1950 nur 61% des Bundesdurchschnitts und verbessert seinen Stand 1960 auf 74%. Nimmt man das Pro-Kopf-Guthaben als Maßstab, so ist Schleswig-Holstein das "ärmste" Bundesland. Diese Verschiebung gegenüber der Zeit bis zum zweiten Weltkrieg läßt sich weitgehend durch den star-

ken Flüchtlingsstrom, der sich über Schleswig-Holstein ergossen hat, erklären. Die Flüchtlinge sind anfangs nicht in der Lage, größere Einkommensteile zu sparen. Gleichzeitig ist wahrscheinlich aber auch die Sparneigung des Mittelstandes, der früher das schleswig-holsteinische Sparniveau bestimmte, zurückgegangen.

Die Koreakrise bringt der langsam ansteigenden Sparsumme einen Rückschlag, der aber durch den anschließenden konjunkturellen Aufschwung schnell überwunden wird. Interessant ist es, in diesem Zusammenhang auf die Reagibilität der Sparneigung der deutschen Bevölkerung bei externen Störungen hinzuweisen (siehe Tabelle 2). Ist bis Mitte 1950 noch ein stetiges Wachstum des Sparvolumens vorhanden, so ändert sich das schlagartig im Juli, dem Anfang der Koreakrise. Die Salden von Gut- und Lastschriften werden immer geringer, die Abhebungen werden verstärkt, die Zuwachsrate stagniert und ab Dezember 1950 bis März 1951 gibt es "rote Zahlen", Selbst die Zuwachsrate für Dezember 1950 im Bund ergibt sich nur durch die Zinsgutschriften. Diese Entwicklung läuft in allen Bundesländern parallel. Mit Beseitigung der Krise und Verbesserung der Wirtschaftslage in der Bundesrepublik wird die Spartätigkeit wieder lebhafter.

Tab. 2 Monatliche Einlageschwankungen 1950/51

Stand am Monatsanfang	Bundesgebiet ohne Berlin				Schleswig-Holstein			
	Ein-zahlun-gen	Aus-zahlun-gen	Saldo der Ein-u. Auszahlun-gen	Zin-sen	Ein-zahlun-gen	Aus-zahlun-gen	Saldo der Ein-u. Auszahlun-gen	Zin-sen
in Mill. DM								
1950								
Jan.	323	165	+ 158	16,7	9,3	4,9	+ 4,4	0,3
April	290	182	+ 108	2,0	8,5	4,9	+ 3,6	0,0
Juli	272	244	+ 27	0,8	7,1	6,4	+ 0,7	0,0
Dez.	318	315	+ 4	54,6	9,1	14,2	- 5,1	2,5
1951								
Jan.	281	302	- 21	25,3	8,0	8,3	- 0,3	0,4
Febr.	241	244	- 4	8,5	6,5	7,0	- 0,5	0,4
März	253	269	- 17	5,0	6,9	7,1	- 0,2	0,0
April	277	254	+ 24	1,8	8,1	6,7	+ 1,4	0,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1951/52
Statistisches Handbuch der BDL 1948 - 1954

Der wachsende Wohlstand nach 1951 bewirkt ein weiteres Ansteigen des Sparvolumens. In der Bundesrepublik wird 1955 das Pro-Kopf-Guthaben des Reiches vom Jahre 1910 übertroffen, in Schleswig-Holstein allerdings erst 1961. Offensichtlich nimmt Schleswig-Holstein nicht im Ausmaß der stärker industrialisierten Bundesländer am wachsenden Wohlstand teil.

Die Sparquote ist in der Bundesrepublik von 3,2 (1950) auf 8,7 (1960) gewachsen, d. h. von

Tab. 3

Die Spareinlagen 1949 - 1960

Jahr	Bundesgebiet ohne Berlin		Schleswig-Holstein	
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.
1949	3 061	65	106	39
1950	3 931	82	131	51
1951	4 802	99	154	62
1952	7 077	145	223	92
1953	10 673	217	337	144
1954	15 884	319	507	220
1955	19 610	390	606	266
1956	22 137	438	704	310
1957	26 670	525	871	385
1958	32 758	637	1 054	463
1959	40 366	776	1 294	565
1960	48 551 ^{a)}	903 ^{a)}	1 534	664

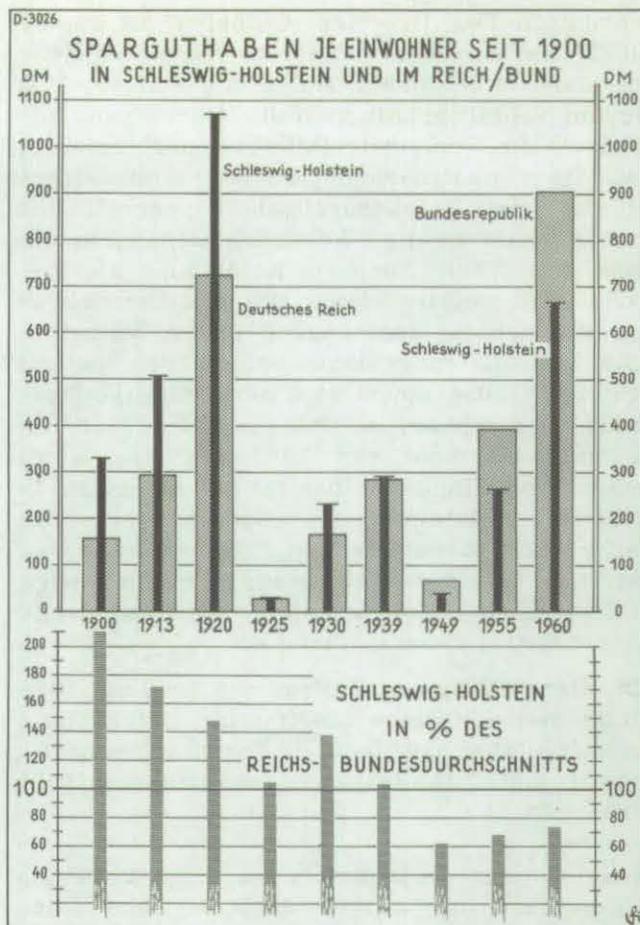
a) einschl. Saarland

1 000 DM verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte werden 32 DM bzw. 87 DM gespart¹. Bei dieser Steigerung ist die das Sparen fördernde Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu berücksichtigen. Vor allem müssen das steuerbegünstigte Sparen, die Bausparprämien und das im Mai 1959 eingeführte Prämiensparen genannt werden. Diese Vorteile und die Abneigung großer Bevölkerungsschichten gegenüber den Unsicherheiten anderer Anlagemöglichkeiten erklären den starken Hang zum Kontensparen und die nur schwache Resonanz, die das Sparen in Form von Aktien (von den VW-Aktien abgesehen), Obligationen usw. in der Bundesrepublik gefunden hat. Nur das zweckbedingte Bausparen konnte seinen Anteil auf Kosten des Kontensparens wesentlich erweitern. Der Sparkassen- und Giroverband errechnete in seinem Jahresbericht 1960 einen Rückgang des Anteils der Kontensparer an der Sparquote von 53% (1959) auf 51%.

Interessant ist auch, daß im gleichen Bericht darauf hingewiesen wird, daß die alte Art der Altersvorsorge in Form von Lebensversicherungsverträgen wieder an Bedeutung gewinnt.

Nach den vorläufigen Teilergebnissen dürften 1961 die Zuwachsraten der Spareinlagen etwas geringer als in den Vorjahren sein. In der Bundesrepublik stieg das Pro-Kopf-Guthaben bis zum Oktober 1961 um 87 DM auf 990 DM. In

1) Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 1961, S. 4



Schleswig-Holstein ist ein geringeres Anwachsen zu verzeichnen, und zwar steigerte sich das Pro-Kopf-Guthaben um 59 DM auf 723 DM, wodurch das Verhältnis zum Bundesdurchschnitt etwas verschlechtert wurde.

Begriffe und Methoden

Bis 1938 liegen vollständige Angaben nur für Sparkassen vor. Die einschränkende Betrachtungsweise ist vertretbar, da zu Beginn des Jahrhunderts beinahe die gesamten Spareinlagen und 1939 immer noch fast 80 % bei Sparkassen eingelegt werden. Ab 1948 werden alle berichtspflichtigen Kreditinstitute berücksichtigt, da das entsprechende Material vorliegt und gleichzeitig der Anteil der Sparkassen an den gesamten Spareinlagen auf etwa zwei Drittel zurückgeht. Dies erklärt sich daraus, dass die übrigen Kreditinstitute ihr Spareinlagengeschäft in dem Umfange verstärkt haben, in dem die Sparkassen ihre ursprüngliche Tätigkeit aufgaben und zur "Universalbank" wurden.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Arbeitszeiten und -löhne im Handwerk

- Mai 1961 -

Im Mai 1961 wurden in Schleswig-Holstein für die Lohnerhebung im Handwerk, die seit November 1957 zweimal jährlich in neun ausgewählten Handwerkszweigen die Arbeitszeiten und Verdienste feststellt, 2 725 männliche Arbeiter erfaßt. Davon waren 75% Vollgesellen, 17% Junggesellen und 8% übrige Arbeiter; 92% waren also Facharbeiter, während in der Industrie auf die Gruppe der Facharbeiter nur 59% entfielen. Seit 1959 ist der Anteil der Junggesellen um 6% gefallen, während der Anteil der Vollgesellen in dem gleichen Maße gestiegen ist. Von dem Abgang der Junggesellen wurden alle erfaßten Handwerkszweige außer der Schlosserei und Elektroinstallation betroffen.

Für die Lohnstatistik gelten als Gesellen auch Facharbeiter ohne Gesellenprüfung, sofern sie wegen ihrer Ausbildung oder Berufserfahrung diesen gleichzusetzen sind; sie werden auch Erst- oder Altgesellen, Vorarbeiter oder Meister im Stundenlohn genannt.

Neben den männlichen Arbeitern wurden 1 428 gewerbliche und 172 kaufmännische Lehrlinge sowie 757 Angestellte in den 770 meldepflichtigen Handwerksbetrieben ausgewiesen. Da die laufende Lohnstatistik etwa 10% der Arbeiter in den neun einbezogenen Handwerkszweigen erfaßt, repräsentiert sie in ihren Ergebnissen ungefähr 51 000 Arbeitnehmer. Nach der Handwerkszählung 1956 wurden in diesen neun Handwerkszweigen rund 54% aller im Handwerk tätigen Arbeitnehmer (ohne Maurerhandwerk und Zimmerei) beschäftigt.

In die Erhebung sind nur stark besetzte Handwerkszweige einbezogen. Das Maurerhandwerk mit seiner großen Beschäftigtenzahl blieb hier jedoch unberücksichtigt, weil es im Rahmen der "Verdienststatistik in Industrie und Handel" unter dem Baugewerbe erfaßt wird. Die Lohnentwicklung in der Zimmerei entspricht weitgehend der im Baugewerbe und konnte deshalb fortgelassen werden.

Abweichend von der Industrie-Verdiensterhebung wird hier grundsätzlich nur nach den männlichen Arbeitern gefragt, in der Herren- und Damenschneiderei jedoch auch nach den weiblichen, weil sie hier besonders zahlreich sind. Es handelt sich dabei um 35 Vollgesellinnen, 21 Junggesellinnen und 20 übrige Arbeiterinnen.

Bezahlte Wochenstunden

Im Mai 1961 wurden den Vollgesellen im Durchschnitt 46,4 Stunden, den Junggesellen 45,9 Stunden und den übrigen Arbeitern 46,7 Stunden

in der Woche bezahlt. Im Mittel aller männlichen Arbeiter zusammen waren es 46,4 Stunden. Die bezahlte Arbeitszeit setzt sich zusammen aus den geleisteten Stunden einschl. Überstunden und den bezahlten Ausfallstunden (z. B. Urlaub, gesetzliche Feiertage, Betriebsausflüge, Arbeitspausen).

Über dem Gesamtdurchschnitt von 46,4 Stunden lagen folgende Handwerkszweige:

Herrenschneiderei	mit 46,5 Stunden
Bäckerei	mit 46,9 Stunden
Schlosserei	mit 47,2 Stunden
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	mit 47,4 Stunden
Fleischerei	mit 48,0 Stunden,

unter dem Durchschnitt:

Elektroinstallation	mit 46,3 Stunden
Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten	mit 45,6 Stunden
Malerei und Anstreicherei	mit 45,4 Stunden
Bau- und Möbeltischlerei	mit 45,2 Stunden,
außerdem (alle Arbeiterinnen)	
Herren- und Damenschneiderei	mit 44,8 Stunden.

Die längsten bezahlten Wochenarbeitszeiten ergaben sich also bei den Fleischern, Klempnern und Schlossern, die kürzesten dagegen in der Bau- und Möbeltischlerei.

Gegenüber November 1960 hat sich die durchschnittliche Zahl der bezahlten Wochenstunden vermindert, und zwar bei Voll- und Junggesellen um eine halbe und bei den übrigen Arbeitern um eine Stunde.

In den einzelnen Handwerkszweigen war die Abnahme der Wochenarbeitszeit (für alle Arbeiter zusammen) verschieden groß:

Herrenschneiderei	1,3 Stunden
Elektrohandwerk	0,8 Stunden
Bau- und Möbeltischlerei	0,8 Stunden
Kraftfahrzeughandwerk	0,5 Stunden
Klempnerei	0,5 Stunden
Schlosserei	0,4 Stunden
Fleischerei	0,4 Stunden
Bäckerei	0,3 Stunden

In der Malerei und Anstreicherei sowie der Herren- und Damenschneiderei wurden sogar 0,3 Stunden mehr bezahlt als im November 1960.

Gegenüber Mai 1960 hat sich die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit der Voll- und Junggesellen um 0,5 bzw. um 0,8 Stunden verkürzt, die der übrigen Arbeiter dagegen um 0,5 Stunden verlängert.

Der Durchschnitt der bezahlten Wochenstunden der männlichen Arbeiter aller erfaßten Handwerkszweige, der 46,4 Stunden betrug, lag um 1,6 Stunden niedriger als in der Industrie im gleichen Monat (48,0 Stunden), wobei zu berücksichtigen ist, daß die Industrieerhebung

sichtigen ist, daß im Handwerk weniger Mehrarbeitsstunden (1,8 : 4,1 Stunden) geleistet wurden.

Geleistete Wochenstunden

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden betrug im Mai 1961 bei den Vollgesellen 41,0 Stunden in der Woche, bei den Junggesellen 40,5 und bei den übrigen Arbeitern 41,6. Im Durchschnitt aller Arbeiter zusammen waren es 41,0 Stunden.

Als geleistete Arbeitsstunden gelten die innerhalb der Arbeitsstätte oder auf der Arbeitsstelle verbrachten Zeiten, abzüglich Frühstücks- und Mittagspausen. Ferner sollen die gesetzlichen Feiertage, Urlaub, Krankheit u. ä. abgezogen werden. Wie weit das in der Praxis geschieht, ist ungewiß, so daß die Statistik hier kaum zuverlässige Größen zu liefern im Stande ist. In vielen Fällen dürften die Angaben der Betriebe lediglich die Differenz zwischen bezahlten Wochenstunden und gesetzlichen Feiertagen darstellen, wobei die Frage nach der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit offen bleibt.

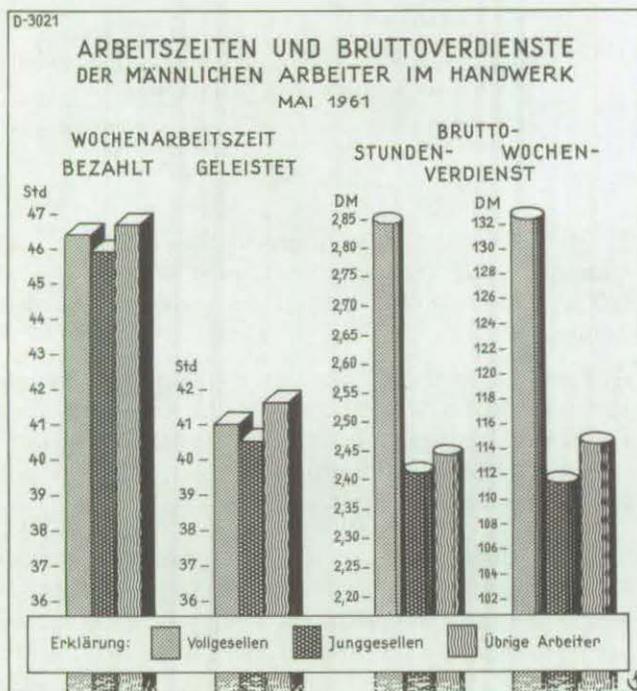
Über dem Gesamtdurchschnitt von 41,0 geleisteten Wochenstunden lagen folgende Handwerkszweige:

Schlosserei	mit 41,5 Stunden
Bäckerei	mit 41,8 Stunden
Klempnerei	mit 41,9 Stunden
Fleischerei	mit 42,8 Stunden

unter dem Durchschnitt:

Kraftfahrzeughandwerk	mit 40,7 Stunden
Elektrohandwerk	mit 40,4 Stunden
Malerei und Anstreicherei	mit 40,0 Stunden
Bau- und Möbeltischlerei	mit 39,8 Stunden
Herrenschneiderei	mit 39,2 Stunden
außerdem (alle Arbeiterinnen)	
Herren- und Damenschneiderei	mit 38,9 Stunden

Am längsten arbeiteten die Vollgesellen in Fleischereien mit 43,0 Stunden, am kürzesten in der Herrenschneiderei mit 39,2 Stunden.



Die durchschnittliche Zahl der geleisteten Wochenarbeitsstunden war - infolge der drei Wochenfeiertage im Mai 1961 - allgemein kürzer als im November 1960, und zwar arbeiteten die Vollgesellen 3,7, die Junggesellen 3,9 und die übrigen Arbeiter 4,0 Stunden pro Woche weniger.

Die sich gegenüber Mai 1960 ergebende Verkürzung der geleisteten Wochenarbeitszeit aller Arbeiter, die sich in den einzelnen Handwerkszweigen zwischen 2,4 und 5,5 Stunden bewegt, ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß auch im Mai 1960 nur ein gesetzlicher Feiertag lag, während es im Mai 1961 drei waren. Vergleiche der geleisteten Arbeitszeiten sagen nicht ohne weiteres etwas über die tariflich bedingte Entwicklung der Arbeitszeit aus.

Brutto-Stundenlöhne

Im Durchschnitt aller erfaßten Handwerkszweige verdienten im Mai 1961 die Vollgesellen 2,85 DM, die Junggesellen 2,42 DM und die übrigen Arbeiter 2,45 DM je Stunde. Bei allen männlichen Arbeitern zusammen betrug der Stundenlohn im Durchschnitt 2,74 DM.

Dabei handelt es sich um den effektiven (nicht tariflichen) Bruttolohn einschließlich Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge, aber ohne gesetzliches Kindergeld, Spensersatz (Trennungs- und Wegegeld, Kleiderzulage, Gratifikationen und dergleichen), Vorschüsse und Darlehen. In Fällen der Gewährung von freier Kost und Unterkunft ist der steuerliche Wert dieser Leistungen zum Bruttolohn hinzugeschlagen.

Über dem Gesamtdurchschnitt von 2,74 DM lagen folgende Handwerkszweige:

Malerei und Anstreicherei	mit 2,78 DM
Fleischerei	mit 2,85 DM
Klempnerei	mit 2,87 DM
Bau- und Möbeltischlerei	mit 2,88 DM

unter dem Durchschnitt:

Schlosserei	mit 2,71 DM
Elektrohandwerk	mit 2,65 DM
Bäckerei	mit 2,63 DM
Kraftfahrzeughandwerk	mit 2,56 DM
Herrenschneiderei	mit 2,16 DM
außerdem (alle Arbeiterinnen)	
Herren- und Damenschneiderei	mit 1,57 DM

Der höchste durchschnittliche Stundenlohn der Vollgesellen betrug 3,03 DM im Klempnerhandwerk, der niedrigste 2,16 DM in der Herrenschneiderei.

Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne haben sich gegenüber November 1960 in den drei Arbeitergruppen erhöht. Die Vollgesellen erhielten im Durchschnitt 14 Pf (5%), die Junggesellen 15 Pf (7%) und die übrigen Arbeiter 12 Pf (5%) je Stunde mehr.

In den einzelnen erfaßten Handwerkszweigen gab es verschieden große Zuwachsraten. Die

Vollgesellen in der Herrenschneiderei erhielten nur 3 Pf mehr, während in der Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation pro Stunde 27 Pf mehr gezahlt wurden. Bei den Junggesellen war die Spanne zwischen der schwächsten und der stärksten Zunahme noch größer. Der Zuwachs belief sich im Schlosserhandwerk auf 3 Pf, in der Klempnerei dagegen auf 32 Pf. Bei den übrigen Arbeitern bewegten sich die Zunahmen zwischen 1 Pf im Kfz-Handwerk und 20 Pf in der Klempnerei und in der Schlosserei.

Gegenüber dem jahreszeitlich vergleichbaren Mai 1960 hat sich der Bruttostundenlohn durchschnittlich um 29 Pf (11%) für die Vollgesellen, um 27 Pf (13%) für die Junggesellen und um 30 Pf (14%) für die übrigen Arbeiter erhöht. Die Vollgesellinnen im Damen- und Herrenschneiderhandwerk verdienten sogar 30 Pf (21%) brutto je Stunde mehr.

Bruttowochenlöhne

Die zum Teil beachtlich höheren Stundenlöhne des Mai 1961 hatten - trotz kürzerer Arbeitsleistung und trotz Rückgangs der Zahl der bezahlten Wochenstunden in fast allen Handwerkszweigen - höhere durchschnittliche Bruttowochenlöhne zur Folge, und zwar verdienten die Vollgesellen 5,45 DM (4%), die Junggesellen 6,04 DM (6%) und die übrigen Arbeiter 3,33 DM (3%) brutto je Woche mehr als im November 1960.

Im Durchschnitt aller erfaßten Handwerkszweige verdienten im Mai 1961 die Vollgesellen 132 DM brutto je Woche, die Junggesellen 111 DM und die übrigen Arbeiter 114 DM. Alle Arbeiter zusammen hatten einen durchschnittlichen Bruttowochenlohn von 127 DM.

Über dem Gesamtdurchschnitt lagen:

Schlosserei	mit 128 DM
Bau- und Möbeltischlerei	mit 130 DM
Klempnerei	mit 136 DM
Fleischerei	mit 137 DM,

darunter lagen:

Malerei	mit 126 DM
Bäckerei	mit 123 DM
Elektrohandwerk	mit 123 DM
Kraftfahrzeughandwerk	mit 117 DM
Herrenschneiderei	mit 100 DM,
außerdem (alle Arbeiterinnen)	
Herren- und Damenschneiderei	mit 70 DM.

Der höchste durchschnittliche Bruttowochenlohn der Vollgesellen betrug 144 DM im Klempnerei-handwerk, der niedrigste 100 DM im Herrenschneiderhandwerk.

Die Zuwachsraten gegenüber November 1960 weisen in den einzelnen Handwerkszweigen große Unterschiede auf. So verdienten die Vollgesellen im Kfz-Handwerk nur 0,96 DM in der Woche mehr gegenüber einem Wochenmehrver-

dienst in der Klempnerei von 11,56 DM. Die Junggesellen haben sich in der Schlosserei am wenigsten verbessert (0,50 DM), während ihr Wochenlohn in der Klempnerei um 13,69 DM am stärksten anstieg. Die übrigen Arbeiter hatten Erhöhungen der durchschnittlichen Bruttowochenlöhne zwischen 0,28 DM im Kfz-Handwerk und 16,53 DM im Malerhandwerk zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Mai 1960 ist der durchschnittliche Bruttowochenlohn der Vollgesellen um 12,50 DM (10%), der der Junggesellen um 11 DM (11%) und der der übrigen Arbeiter um 15 DM (15%) gestiegen. Die Vollgesellinnen im Damen- und Herrenschneiderhandwerk zusammen verdienten 13 DM (20%) brutto je Woche mehr als im Mai 1960.

Die Gewährung von Kost und Unterkunft ist lediglich in der Bäckerei und in der Fleischerei verbreitet. Im Kfz-, Schneider- und Klempnerhandwerk kommt diese Art der Entlohnung überhaupt nicht vor, in der Schlosserei, Bau- und Möbeltischlerei, Elektroinstallation und Malerei spielt sie nur eine ganz unbedeutende Rolle. Weibliche Arbeiter in Kost und Unterkunft wurden überhaupt nicht festgestellt.

Löhne im Handwerk und in der Industrie

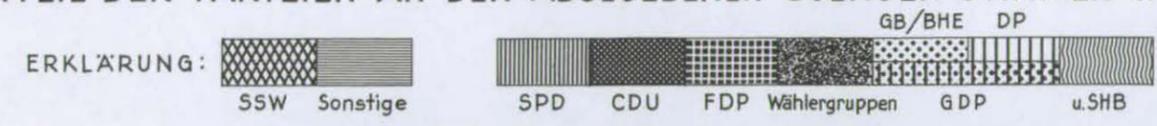
Ein Vergleich der durchschnittlichen Bruttostunden- und Wochenverdienste zwischen Handwerk und Industrie ist nur in sehr beschränktem Umfang möglich, da für einige Handwerkszweige keine nach der Tätigkeit oder dem Produktionsprogramm auch nur annähernd entsprechenden Industriezweige nachgewiesen werden. Es lassen sich lediglich die in der Ta-

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in ausgewählten Handwerkszweigen und in der Industrie im Mai 1961

Handwerkszweig, Industriezweig	Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst			
	der Industrie- arbeiter in Leistungs- gruppe I	der Voll- und Junggesellen im Handwerk	aller männlichen Arbeiter im Handwerk	
	DM	Industrie = 100	Industrie (alle männl. Arbeiter) = 100	
Kraftfahrzeugreparatur Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren	3,02	2,61	86	89
Bau- und Möbeltischlerei		2,91	94	101
Holzverarbeitende Industrie	3,10			
Herrenschneiderei		2,16	74	80
Bekleidungs-gewerbe	2,93			
Bäckerei		2,64	93	94
Brotindustrie	2,85			
Fleischerei		2,86	101	105
Fleischwarenindustrie	2,83			

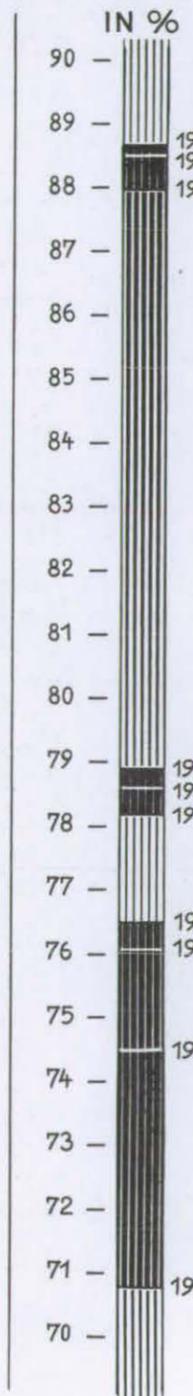
DIE WAHLEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN VON 1950 BIS 1962

ANTEIL DER PARTEIEN AN DEN ABGEBEBENEN GÜLTIGEN STIMMEN IN %



Stark umrandet = aufgrund des Wahlergebnisses regierungsbildende Parteien

WAHLBETEILIGUNG

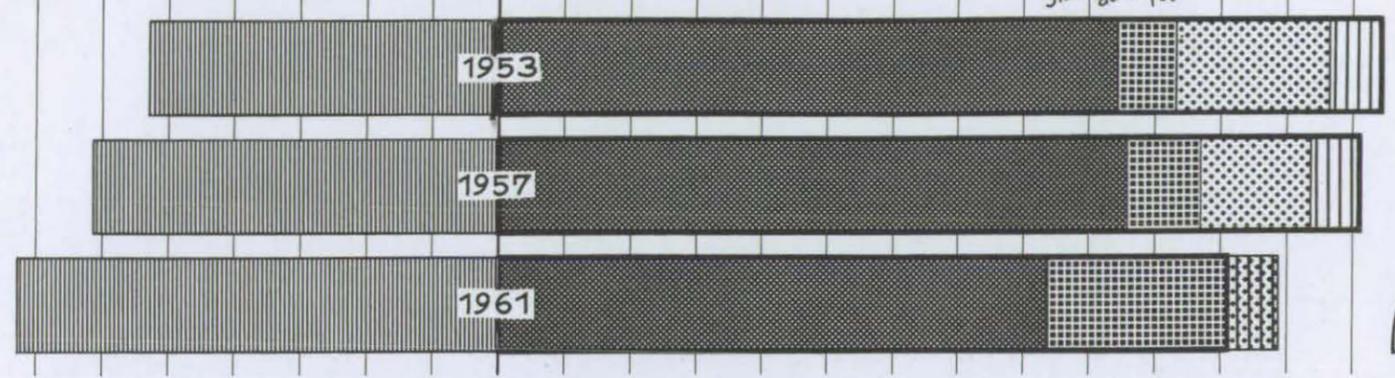


BUNDESTAG

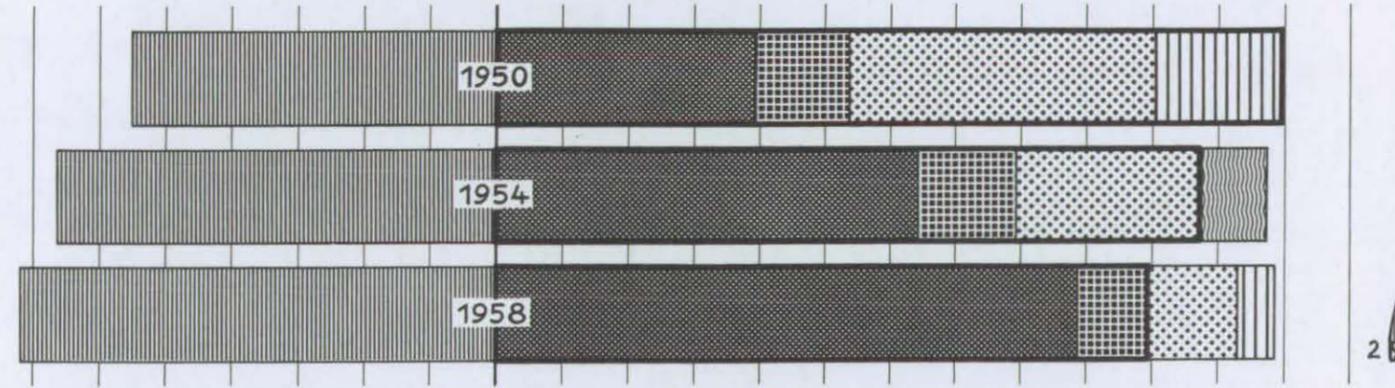
LANDTAG

KREISTAG

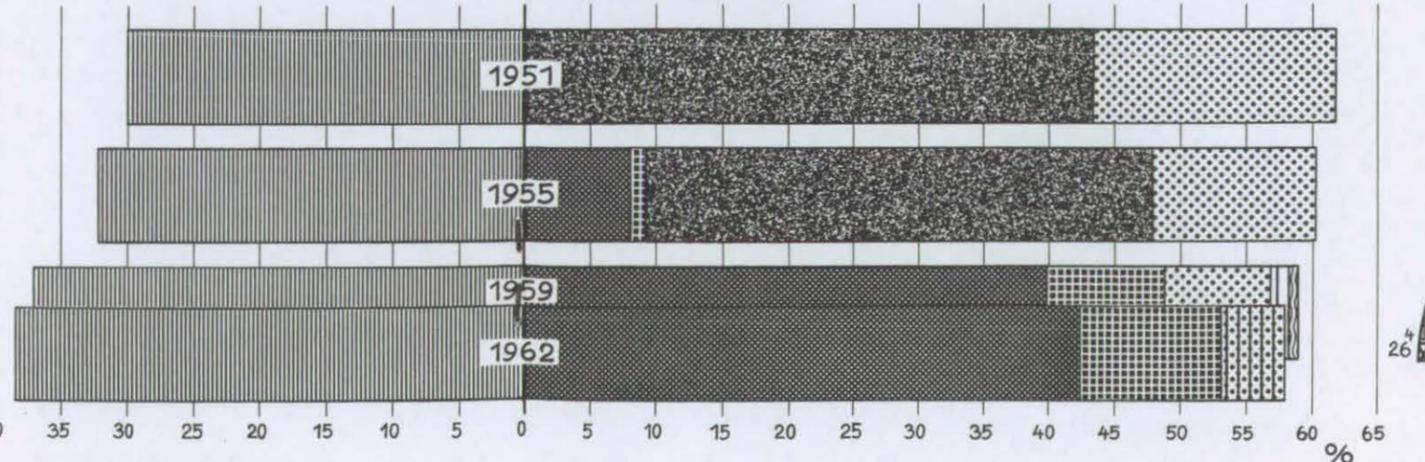
BUNDESTAGSWAHLEN *



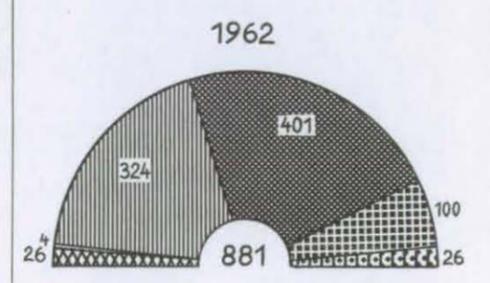
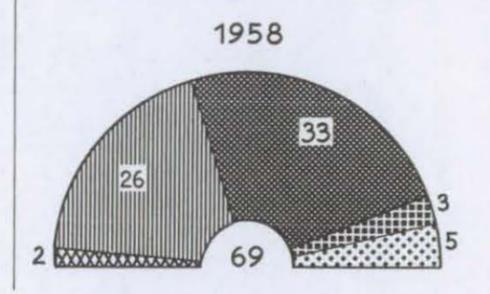
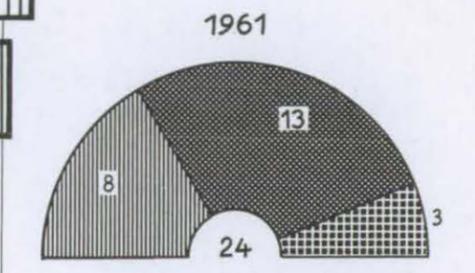
LANDTAGSWAHLEN



KREISTAGSWAHLEN **



SITZVERTEILUNG



* Zweitstimmen ** Gemeindewahlen in den 4 kreisfreien Städten und Kreiswahlen; 1962=vorläufiges Ergebnis

belle aufgeführten Zweige einander gegenüberstellen. Eine genaue fachliche Übereinstimmung ist aber auch hier nicht gegeben. Im Gegensatz zur handwerklichen Herrenschniderei umfaßt z. B. die Industriegruppe Bekleidungs-gewerbe nicht nur Betriebe für Oberbekleidung, sondern auch Betriebe für Herstellung von Wäsche, Hüten und Mützen, Krawatten und Schals sowie Rauchwarenzubereitung und Kürschnerei, Bettfedernaufbereitung und Matratzenherstellung. Dadurch wird auch die Vergleichbarkeit der Verdienste beeinträchtigt. Immerhin zeigt sich, daß bei den Facharbeitern die meisten Handwerkszweige mit ihren Bruttostundenverdiensten hinter denen der industriellen Facharbeiter zurückblieben; allein die Fleischer-gesellen erhielten einen höheren Bruttostundenverdienst als die Facharbeiter in der Fleischwarenindu-

strie. Vergleicht man die größeren Gruppen "alle männlichen Arbeiter", dann hatte außer dem Fleischerhandwerk auch noch die Bau- und Möbeltischlerei höhere Bruttostundenverdienste als der entsprechende Zweig der Industrie. In den übrigen Handwerkszweigen lagen die Bruttostundenverdienste sowohl bei den Facharbeitern als auch bei allen männlichen Arbeitern niedriger als in der Industrie. Der Vergleich zeigt jedenfalls, daß die Bruttostundenverdienste im Handwerk nicht ausnahmslos niedriger als in der Industrie liegen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Löhne im Handwerk" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 283 (Dezember) und "Arbeitsverdienste im Handwerk im Mai 1961" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 599 (Oktober)

Der Verbrauch in Haushalten von Renten- und Fürsorgeempfängern

Zur Beobachtung der Verbrauchsentwicklung in den privaten Haushalten werden vom Statistischen Bundesamt laufend Wirtschaftsrechnungen ausgewählter Haushalte ausgewertet. Um trotz einer verhältnismäßig kleinen Zahl von berichterstattenden Haushalten repräsentative Ergebnisse zu erzielen, werden diese Haushalte nach von vornherein feststehenden Merkmalen ausgewählt, die als typisch für bestimmte Verbrauchergruppen hinsichtlich Einkommenshöhe, Familiengröße und -zusammensetzung gelten können. So werden in der sogenannten "mittleren Verbrauchergruppe" die Ausgaben einer vierköpfigen Familie erfaßt, deren Einkommen vorwiegend aus Lohnbezügen besteht. Um daneben einen Einblick in die Lebenshaltung der sozial schwächeren Bevölkerungskreise zu gewinnen, wurde außerdem die "untere Verbrauchergruppe" gebildet, zu der Zwei- und Drei-Personen-Haushalte gehören, die vorwiegend von Renten aus der Sozialversicherung oder von öffentlicher oder privater Fürsorge leben. Um zu starke Abweichungen durch die andere Lebensweise bäuerlicher Kreise zu vermeiden, wurden in dieser Gruppe nur Haushalte in Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern berücksichtigt, die keinen größeren Garten haben und keine Viehhaltung betreiben.

Ein zeitlicher Vergleich der Ausgaben für die Lebenshaltung ist trotz des nicht immer zu vermeidenden Wechsels der buchführenden Familien möglich, da die Auswahlrichtlinien eng sind und dadurch eine ähnliche Konsumneigung

der untersuchten Haushalte gewährleistet ist. Bei der geringen Einkommenshöhe ist der Grundbedarf so hoch, daß Abweichungen nur in geringem Ausmaße möglich sind. Daher ist auch eine vorsichtige Verallgemeinerung der aus dem vorliegenden Material gewonnenen Erkenntnisse auf Haushalte ähnlicher wirtschaftlicher Lage möglich.

Das Familieneinkommen der buchführenden Haushalte setzt sich entsprechend den Auswahlrichtlinien vorwiegend aus Unterstützungen, Versicherungen und Pensionen zusammen. Arbeitseinkommen fällt nur in Ausnahmefällen durch gelegentliche Nebenarbeiten an; ebenso spielen Einkünfte aus anderen Quellen keine nennenswerte Rolle. Entsprechend der Herkunft der Einkünfte sind auch gesetzliche Abzüge für Versicherungen und Steuern nur gering, so daß sich die gesamten Einnahmen nur unwesentlich von den ausgabefähigen Einnahmen unterscheiden.

Von 1952 - 1959 hat sich zwar die Zusammensetzung des Einkommens kaum geändert, wohl aber die Höhe. 1952 ergab sich für die untersuchten Haushalte ein monatliches Einkommen von 166 DM, 1959 von 310 DM. Da der Kreis der berichterstattenden Familien wechselt, lassen sich die Ursachen der Einkommenserhöhung nicht genau feststellen. Sie gehen aber im wesentlichen auf die Neuregelung und Erhöhung der Sozialversicherung zurück sowie auf Erhöhungen der Fürsorgerichtsätze. Auch die

Tab. 1

Monatliche Einnahmen und Verbrauchsausgaben 1952 - 1959

Jahr	Ausgabefähige Einnahmen		Verbrauchsausgaben	
	DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1952	165,52	.	162,91	.
1953	190,24	+ 15	186,59	+ 15
1954	199,15	+ 5	198,14	+ 6
1955	214,76	+ 8	213,83	+ 8
1956	239,81	+ 12	236,10	+ 10
1957	287,37	+ 20	275,19	+ 17
1958	296,88	+ 3	286,11	+ 4
1959	310,42	+ 5	301,43	+ 5

Zahlung von Lastenausgleichsansprüchen hat - soweit es sich um Flüchtlinge handelte - zu der

wirtschaftlichen Besserstellung beigetragen. Insgesamt standen den Haushalten 1959 88% mehr Einnahmen zur Verfügung als 1952. Die Zuwachsrate war in den einzelnen Jahren recht unterschiedlich; sie lag 1957 besonders hoch durch die Umgestaltung der Sozialversicherung und die damit häufig verbundenen Nachzahlungen. 1958 stiegen die Einnahmen nochmals um 3% an, 1959 um knapp 5%.

Das vergleichsweise niedrige Einkommen dieser Haushalte mußte fast ausschließlich für den laufenden Verbrauch verwandt werden. Rücklagen konnten nur in geringem Umfang gemacht werden: 1952 monatlich 2,61 DM, 1959 monatlich 8,99 DM, was einer Sparquote von knapp 2 bzw. 3% entspricht.

Tab. 2

Monatliche Verbrauchsausgaben nach Bedarfsgruppen in jeweiligen Preisen

Bedarfsgruppe	1952	1953	1957	1959	1952	1953	1957	1959
	DM				%			
Nahrungsmittel	82,65	89,67	119,87	133,44	51,6	49,1	44,7	45,5
Getränke und Tabakwaren	5,43	7,22	13,24	15,22	3,4	4,0	4,9	5,2
Wohnung	21,14	23,91	33,78	39,15	13,2	13,1	12,6	13,3
Hausrat	5,32	9,58	16,77	14,08	3,3	5,3	6,2	4,8
Heizung und Beleuchtung	13,09	14,15	21,43	21,89	8,2	7,8	8,0	7,5
Bekleidung	16,72	18,59	33,19	30,82	10,5	10,2	12,4	10,5
Reinigung und Körperpflege	6,57	7,80	12,37	15,18	4,1	4,3	4,6	5,2
Bildung und Unterhaltung	6,86	8,28	12,94	17,41	4,3	4,5	4,8	5,9
Verkehr	2,30	3,18	4,77	6,03	1,4	1,7	1,8	2,1
Lebenshaltung insgesamt	160,08	182,38	268,36	293,22	100	100	100	100
Sonstige Ausgaben	2,83	4,21	6,83	8,21	1,8	2,3	2,5	2,8

Die Verteilung des Einkommens auf die einzelnen Verbrauchsgruppen beweist sehr deutlich die angespannte wirtschaftliche Lage der Haushaltungen, wenngleich im Vergleichszeitraum eine Verbesserung eingetreten ist. 1952 mußte über die Hälfte der Einnahmen allein für Nahrungsmittel aufgewandt werden. Zusammen mit den Ausgaben für Wohnung, Heizung und Beleuchtung waren sogar 73% des Einkommens gebunden, so daß für die übrigen Lebensbedürfnisse nur noch ein geringer Spielraum blieb.

Hinzu kommt, daß auch in den anderen Verbrauchsgruppen teilweise starrer Bedarf steckt, da z. B. Reparaturen und Ersatzanschaffungen für Bekleidung, Schuhe und Hausrat auch bei sparsamster Wirtschaftsführung notwendig werden.

Aufschlußreich ist die Verteilung der zusätzlichen Einnahmen auf die einzelnen Verbrauchsgruppen. Die Güter des Grundbedarfs, vor allem also Nahrungsmittel, erwiesen sich wieder als sehr unelastisch in bezug auf die Einkommenserhöhungen. Ihr Konsum wurde weniger stark als es dem Einkommenszuwachs entsprechen hätte, erhöht. Insgesamt stiegen die Lebenshaltungsausgaben von 1952 auf 1959 um 83% - gemessen in jeweiligen Preisen und Men-

gen -, während sie sich in den einzelnen Gruppen wie folgt erhöhten:

Nahrungsmittel	+ 61 %
Heizung und Beleuchtung	+ 67 %
Bekleidung	+ 84 %
Wohnungsmiete	+ 85 %
Reinigung und Körperpflege	+ 131 %
Bildung und Unterhaltung	+ 154 %
Verkehr	+ 162 %
Hausrat	+ 165 %
Getränke und Tabakwaren	+ 180 %

Die hohen Zuwachsraten der zuletzt aufgeführten Gruppen erklären sich zum Teil aus den sehr niedrigen absoluten Beträgen im Vergleichsjahr und dürfen nicht darüber täuschen, daß auch 1959 die absoluten Beträge zum Teil noch recht niedrig sind. Die Zuwachsraten lassen jedoch erkennen, in welchem Maße die Nachfrage nach nicht unbedingt lebensnotwendigen Gütern zurückgestellt werden mußte und erst allmählich mit den Einkommensverbesserungen befriedigt werden konnte.

Den bisher genannten Zahlen lagen die jeweiligen Preise zugrunde. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch auch das Preisniveau geändert und da Preiserhöhungen insgesamt überwogen, hält sich die reale Verbesserung des Lebensstandards in engeren Grenzen als die nominale, wie aus der Abbildung hervorgeht.

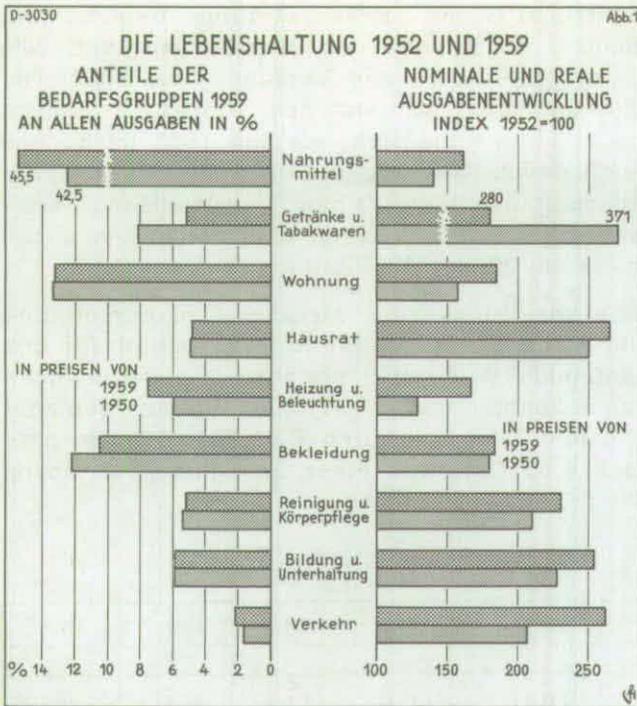


Tabelle 3 zeigt die jährlichen Veränderungen in den einzelnen Verbrauchsgruppen. Besonders wird diese Bevölkerungsschicht von Änderungen der Lebensmittelpreise berührt, da die Ernährung einen so hohen Anteil an den Gesamtausgaben hat.

Parallel zu der Verbesserung der Lebenshaltung läuft auch in den untersuchten Familien eine langfristige Änderung der Konsumgewohnheiten. Sie läßt sich besonders gut bei der Ernährung verfolgen, da für dieses Gebiet Mengen- und Preisangaben in einer sehr weitgehenden Unterteilung vorliegen. Die Konsumänderungen lassen sich - vereinfachend - dahingehend zusammenfassen, daß weniger, aber besser gegessen wird. So hat sich z. B. der Fettverbrauch zu Butter hin verschoben. Der Butterverbrauch ist von knapp einem Pfund 1952 auf monatlich fast zwei Pfund gestiegen, während der Margarineverbrauch nur unwesentlich zugenommen hat und der Verbrauch anderer tierischer Fette zurückgegan-

gen ist. Der Fleischverbrauch ist trotz der steigenden Preise ausgeweitet worden, so daß 1959 etwa 12% der Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren angelegt wurden, 1952 jedoch erst 10,7%. Am stärksten hat sich der Verbrauch von Rindfleisch erhöht, das zusammen mit Schweinefleisch den Hauptbestandteil des Speisezettels bildet. Kalb- und Hammelfleisch sind wenig gefragt und erfuhren auch im Laufe der Jahre keine größere Nachfragesteigerung. Dagegen spielt Hackfleisch noch eine gewisse Rolle; 1959 verarbeitete jeder Haushalt monatlich etwa 400 g Hack, 1952 erst gut 250 g. Typisch ist die zunehmende Nachfrage nach Geflügel, das auch preislich im Vergleich zu anderen Fleischarten interessanter geworden ist, da seine Preise fast konstant geblieben sind. Bis 1959 war der Geflügelverbrauch je Haushalt und Monat auf fast ein Pfund angestiegen, während 1952 50 g verbraucht wurden. Auch Fleischwaren wurden 1959 mehr verbraucht, z. B. ist der Schinkenkonsum seit 1952 auf das Dreifache gestiegen.

Auffallend ist immer wieder der geringe Fischkonsum, obwohl Fisch zu den preiswerten Nahrungsmitteln gerade im Vergleich zu Fleisch gerechnet werden muß. Der mengenmäßige Verbrauch ist bis 1959 sogar noch zurückgegangen, wenn auch durch Preissteigerungen der aufgewandte Betrag größer als 1952 ist.

Der Käseverbrauch ist insgesamt gestiegen, wobei vollfette Sorten stärker gefragt sind und der Verbrauch von Magerkäse zurückgegangen ist. Die Nachfrage nach Quark ist dagegen gestiegen.

Der Eierverbrauch ist stetig erhöht worden und lag 1959 bei 36 Stück je Haushalt gegenüber 17 Stück 1952. Der Durchschnittspreis ist in der gleichen Zeit leicht gesunken.

Der Rückgang des Brotkonsums entspricht der allgemein beobachteten Tendenz, die Grundnahrungsmittel bei steigendem Einkommen zugunsten einer verfeinerten Lebensweise einzuschränken. Am stärksten sind davon Roggen-

Tab. 3 Die Entwicklung der monatlichen Ausgaben der Lebenshaltung in konstanten Preisen

Bedarfsgruppe	Veränderungen in %							1959 gegen 1952
	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	
	gegenüber dem jeweiligen Vorjahre							
Nahrungsmittel	+ 9,6	+ 5,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 6,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 40,0
Getränke und Tabakwaren	+ 47,4	+ 18,0	+ 11,9	+ 24,0	+ 29,0	+ 16,5	+ 2,2	+ 270,8
Wohnung	+ 9,4	+ 5,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 8,6	+ 7,2	+ 5,0	+ 56,6
Hausrat	+ 87,2	- 8,1	+ 7,6	+ 11,3	+ 48,3	- 10,9	- 8,3	+ 149,7
Heizung und Beleuchtung	+ 4,3	+ 10,8	+ 4,4	+ 9,7	+ 2,8	- 5,7	+ 0,9	+ 29,5
Bekleidung	+ 16,6	+ 6,8	+ 10,4	+ 11,0	+ 31,5	- 16,8	+ 7,8	+ 80,0
Reinigung und Körperpflege	+ 22,8	+ 17,4	+ 5,6	+ 4,1	+ 13,3	+ 7,9	+ 8,6	+ 110,0
Bildung und Unterhaltung	+ 21,8	- 1,7	+ 2,6	+ 13,3	+ 27,7	+ 10,9	+ 15,7	+ 127,9
Verkehr	+ 35,8	- 2,0	+ 14,9	+ 7,0	+ 17,0	+ 23,2	- 12,7	+ 105,9
Lebenshaltung insgesamt	+ 15,2	+ 5,7	+ 5,8	+ 7,6	+ 14,4	+ 0,9	+ 3,3	+ 65,5

und Mischbrot betroffen, während der Verbrauch von Weißbrot etwa gleichgeblieben ist und Kuchen und andere Feinbackwaren stärker als 1952 gekauft worden sind. Ebenso ist der sinkende Verbrauch von Mehl und Nahrungsmitteln ein Zeichen steigenden Lebensstandards, obwohl nicht alle Nahrungsmittel davon betroffen worden sind, sondern Reis und Hafererzeugnisse zum Beispiel mehr als 1952 verzehrt wurden. Auch der Kartoffelverbrauch ist geringer geworden und von 24,6 kg monatlich im Jahre 1952 auf 19,4 kg im Jahre 1959 zurückgegangen.

Der Frischgemüseverbrauch ist etwa gleichgeblieben, während Gemüsekonserven stärker Eingang in die Haushalte gefunden haben. Der Obstverzehr hat insgesamt zugenommen und zwar vor allem durch den höheren Verbrauch von Südfrüchten. Bei den andern Obstsorten ist der jährliche Verbrauch sehr abhängig von der jeweiligen Preissituation, da die unterschiedlichen Ernteergebnisse auch zu jährlich stark schwankenden Preisen führen.

Sirup und Kunsthonig spielen im Speisezettel der untersuchten Haushalte keine Rolle mehr und sind durch Bienenhonig ersetzt worden, dessen Verbrauch von etwa 60 g auf 200 g gestiegen ist. Auch für Schokolade und andere Süßigkeiten wurde 1959 mehr als in den Vorjahren ausgegeben.

Die eingehendere Untersuchung der von den Haushalten verbrauchten Nahrungsmittel ergibt somit im wesentlichen die typischen Verbesserungen bei steigendem Einkommen, die in den Nachkriegsjahren auch in anderen Verbraucherkreisen beobachtet worden sind, wenn sie hier

auch früher und stärker ausgeprägt aufgetreten sind.

Für Genußmittel konnten 1952 bei den beschränkten Einkommensverhältnissen nur ganz geringe Beträge erübrigt werden. Daher hat sich der Konsum mit steigendem Einkommen relativ stark erhöht, zumal gleichzeitig die Preise von Kaffee, Tee und in geringerem Umfange auch von Tabakwaren gefallen sind. Der Verbrauch von Bohnenkaffee ist von 50 g auf über 250 g monatlich gestiegen; der Verbrauch von Tee ist zwar absolut gering, die Steigerung jedoch auch beachtlich. Spirituosen und Tabakwaren gehören ebenfalls zu den Gütern, deren Verbrauch stark zugenommen hat, ohne daß sie aber einen absolut bedeutenden Betrag im Haushaltsbudget einnehmen. Der Anteil der Ausgaben für Genußmittel ist im Vergleichszeitraum von 3 auf 5 % gestiegen.

Der Anteil der Wohnungsmiete band in den Jahren von 1952 bis 1959 etwa gleichmäßig 13% der Ausgaben. Ein Teil der Haushaltungen dürfte in Altbauwohnungen leben und ist durch die schrittweise Erhöhung dieser Mieten betroffen worden. Auf der anderen Seite haben auch Familien ihre Wohnverhältnisse bessern können und größere oder besser ausgestattete Wohnungen bezogen. Der Anteil der Miete ist vergleichsweise hoch, erklärt sich aber zum Teil dadurch, daß kleinere Familien relativ stärker durch Wohnungsausgaben belastet werden als größere. Das gleiche gilt für die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung. Trotz absoluter Steigerung sank jedoch der Anteil an den Ausgaben etwas ab. Der Kohleverbrauch ist mengenmäßig nur gering gestiegen, die Ausgaben haben sich jedoch fast verdoppelt. Der Gas- und besonders der Stromverbrauch hat sich stark erhöht und die Ausgaben sind entsprechend gestiegen.

Da die bisher aufgeführten Verbrauchsgruppen einen großen Teil des Einkommens binden, mußte - außer notwendigen kleineren Anschaffungen - der Kauf größerer Einrichtungsgegenstände zurückgestellt werden. Diese Käufe konnten offensichtlich nur getätigt werden, wenn größere Nachzahlungen der Versicherungen oder des Lastenausgleichsfonds geleistet worden sind. Dies trifft für die Jahre 1953 und stärker noch für 1957 zu und so erklären sich die hohen Zuwachsraten für Hausrat in diesen beiden Jahren. Während 1952 durchschnittlich im Monat 44 Dpf für Möbelanschaffungen erübrigt werden konnten, stiegen die Ausgaben dafür 1953 auf 3,21 DM an und erreichten 1957 eine auch 1959 noch nicht wieder erreichte Höhe von 3,35 DM. Die Nachfrage scheint sich 1953 am stärksten auf Möbel gerichtet zu haben, während 1957 auch Lampen, Gardinen und Teppiche, elektrotechnische Geräte sowie Öfen und Herde angeschafft wurden.

Tab. 4 Monatlicher Verbrauch von ausgewählten Nahrungsmitteln und Getränken 1952 und 1959

Art der Ausgabe	1952		1959	
	Menge g	Betrag DM	Menge g	Betrag DM
Kondensierte Milch	246	0,52	1 066	1,98
Tafelbutter	492	3,03	948	6,38
Margarine	2 115	4,31	2 358	5,81
Fett- und Vollfettkäse	152	0,73	503	2,57
Magerkäse	152	0,29	78	0,16
Quark	380	0,42	589	0,87
Rindfleisch	487	2,19	844	5,05
Schweinefleisch	604	2,75	910	5,12
Geflügel	49	0,23	483	2,09
Schinken	52	0,35	160	1,37
Wurst und Wurstwaren	1 327	5,61	2 249	11,96
Roggen- und Mischbrot	13 752	7,73	10 926	9,37
Weißbrot und Weizenkleingebäck	3 196	3,28	3 026	4,35
Nahrungsmittel	4 882	5,84	4 188	6,41
Kartoffeln	24 631	4,63	19 384	5,23
Frischgemüse	7 194	4,57	7 297	6,73
Gemüsekonserven	737	0,66	1 203	1,60
Südfrüchte	804	1,09	2 348	3,05
Bohnenkaffee	54	1,73	277	4,93
Echter Tee	9	0,34	23	0,57

Tab. 5 Monatliche Ausgaben für ausgewählte Haushalts- und Bekleidungsartikel 1952, 1953, 1957 und 1959

Artikel	1952	1953	1957	1959
	DM			
Möbel	0,44	3,21	3,35	2,47
Beleuchtungskörper	0,24	0,38	0,84	0,57
Gardinen u. Teppiche	0,58	0,61	1,77	1,62
Bett-, Haus- u. Küchenwäsche	0,85	1,13	2,05	1,59
Öfen und Herde	0,43	0,87	1,94	1,02
Männeroberbekleidung	1,14	1,33	3,79	3,36
Frauenoberbekleidung	2,89	3,17	7,06	6,69
Unterbekleidung	4,34	4,85	7,16	6,57
Männerschuhe	0,48	0,26	0,91	0,72
Frauenschuhe	1,10	1,17	1,91	2,24

Zur Ergänzung der Bekleidung konnten erst 1957 größere Teile des Einkommens freigegeben werden, während die Einkommensverbesserung 1953 nicht vordringlich für Kleidung ausgegeben worden ist. Für Oberbekleidung wurden 1957 rund 16 DM oder 6% der Ausgaben angelegt. Dieser Betrag würde in den folgenden Jahren nicht wieder aufgebracht. Es scheinen also auch in diesem Bereich 1957 größere Anschaffungen getätigt worden zu sein, während im allgemeinen die Ausgaben für Bekleidung niedriger gehalten werden. Dabei dürfte das Fehlen modischer Impulse eine gewisse Rolle mitspielen, da es sich vorwiegend um ältere Menschen handelt. Die Bestände an Unterbekleidung wurden ebenfalls 1957 stärker als in den Vor- und auch in den Folgejahren ergänzt. Der Schuhverbrauch ist dagegen seit 1952 kontinuierlich gestiegen. Mit der zunehmenden Häufigkeit von Schuhneuanschaffungen ist der Reparaturaufwand leicht gesunken.

Für Reinigung, Zwecke der Körperpflege, Arzneien u. ä. m. konnten jährlich steigende Beträge eingesetzt werden, ohne daß der absolute Betrag 1959 sehr hoch liegt, 1952 wurden 4%, 1959 5% der Lebenshaltung hierfür verwandt.

Die Möglichkeiten, für Unterhaltung und Bildung etwas mehr auszugeben, haben sich erst mit steigendem Einkommen vergrößert. Das überproportionale Wachstum gerade dieser Gruppe läßt u. a. ermessen, wie viele Wünsche hier zurückgestellt werden mußten. Aber auch 1959 sind die absoluten Beträge, die z. B. für Ferien und Erholung aufgewandt werden konnten, bescheiden. Sie betragen 3,70 DM je Monat; 1952 konnten hierfür allerdings erst 0,63 DM erübrigt werden. Für Bücher und Zeitschriften konnte 1959 mehr als in den Vorjahren ausgegeben werden, ebenso für Kino und andere Vergnügungen. Da Rentenempfänger unter gewissen Bedingungen die Gebühren für Radiogeräte erlassen bekommen, läßt sich aus dem monatlichen Aufwand von knapp 1 DM für Rundfunkgebühren nicht der Schluß ziehen, daß nur jeder zweite Haushalt ein Radio besitzt.

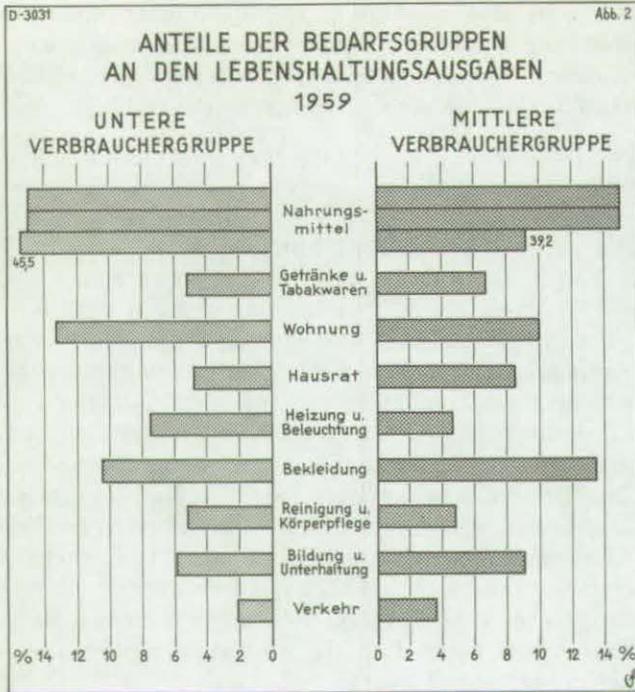
Die Ausgaben für Verkehr sind insgesamt nicht sehr hoch, da der tägliche Berufs- und Schulverkehr in diesen Familien fast völlig fehlt. Für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel wurden jedoch statt 2,00 DM wie 1952 im Jahre 1959 schon 5,50 DM ausgegeben. Tarifierhöhungen spielen dabei eine gewisse Rolle. Das Halten eigener Fahrzeuge ist sehr gering, so daß auch keine Entwicklung wiedergegeben werden kann, da diese Zahlen zu stark dem Zufall unterliegen.

Neben diesen Ausgaben für die Lebenshaltung fallen in einigen Familien noch die Kosten für ein Eigenheim an sowie für die Gartenbestellung und die Viehhaltung. Sie fallen jedoch weder absolut noch anteilig ins Gewicht.

Die Entwicklung der Lebenshaltung der Renten- und Fürsorgeempfänger in den verglichenen acht Jahren ergibt, soweit sie hier repräsentiert sind, daß sich die wirtschaftliche Lage erfreulich gebessert hat, so daß neben den lebensnotwendigen Gütern auch wieder individuelle Bedürfnisse befriedigt werden können. Trotzdem sind auch 1959 diese Grenzen noch recht eng, gerade im Vergleich zu anderen Einkommensgruppen. Dies wird deutlich bei einer Gegenüberstellung der Lebenshaltung der Rentner und der mittleren Verbrauchergruppe. Hierbei handelt es sich, wie schon ausgeführt, um Familien mit vier Mitgliedern, überwiegend Eltern mit 2 Kindern, von denen eins noch unter 15 Jahre alt sein soll. Die Nettoeinnahmen der 1959 untersuchten Familien lagen zwischen 500 und 700 DM. Im Durchschnitt ergab sich bei den berichteterstehenden Familien 1959 ein Monatseinkommen von 709 DM, das zu 86% aus dem hauptberuflichen Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes stammte. Nach Abzug von Steuern und Versicherungen blieben etwa 631 DM zur freien Verfügung der Haushalte nach.

Die Ausgabenstruktur dieser Familien weicht einmal durch das höhere Einkommen von der der unteren Verbrauchergruppe ab, zum anderen beeinflußt die Haushaltsgröße und das Lebensalter der Mitglieder das Haushaltsbudget. Daher können Vergleiche nur gezogen werden, wenn diese Unterschiede im Auge behalten werden. Denn auch bei dem später durchgeführten Vergleich der Ausgaben je Haushaltsmitglied beeinflussen diese Unterschiede die Ergebnisse.

Die Aufteilung der Verbrauchsausgaben auf die einzelnen Gruppen vermittelt bereits ein Bild der unterschiedlichen Struktur in der Lebenshaltung beider Haushaltstypen. Besonders groß ist die Abweichung bei den Nahrungsmitteln, für die die mittlere Verbrauchergruppe weit weniger Einkommensteile anwenden muß als die Rentner. Dagegen nehmen die Ausgaben für



Getränke und Tabakwaren wieder bei den Arbeitnehmerhaushalten einen sehr viel größeren Raum ein, und zwar wird in der mittleren Verbrauchsgruppe relativ mehr für Alkohol und Tabakwaren ausgegeben, während für Kaffee und Tee die Ausgaben zwar absolut auch höher liegen, aber anteilmäßig niedriger sind als bei den Rentnerhaushalten.

Die Mieten beanspruchen in den größeren Familien einen kleineren Anteil des Einkommens, da der Aufwand für die Wohnung nicht kontinuierlich mit der Familiengröße steigt. Auch die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung sind aus diesem Grunde relativ niedriger.

Für Hausrat wurde dagegen von den Arbeitnehmerfamilien sehr viel mehr ausgegeben, ebenso für Bekleidung. Diese Unterschiede sind sicher durch den größeren Bedarf jüngerer Menschen und ihre modischen Wünsche zum Teil zu erklären. Für die Reinigung und Körperpflege wird ebenfalls von den Rentnern weniger ausgegeben. Der geringere Bedarf an Gegenständen für die Körperpflege wird durch die größere Krankheitsanfälligkeit älterer Menschen nicht aufgewogen, da die meisten sozialversichert sind, so daß die Kosten für Arztbesuch und Arzneien verhältnismäßig niedrig liegen.

Für Bildung und Unterhaltung können die Rentnerhaushalte sehr viel weniger erübrigen als die anderen Haushalte. Dabei darf jedoch auch nicht vergessen werden, daß gerade diese Haushalte durch Schulgeld, Lehrmittel und Ausbildungskosten der Kinder belastet sind, Ausgaben also, die bei den Rentnern nicht vorkommen. Aber auch für Kino und ähnliche Zerstreuungen sowie für Reisen können die Rentner weniger ausgeben. Die Verkehrsausgaben sind

bei der mittleren Verbrauchergruppe aus den schon angeführten Gründen des Berufs- und Schulverkehrs höher.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß bei den Rentnerhaushalten für den Grundbedarf immer noch vergleichsweise höhere Einkommensteile gebunden sind als in anderen Haushaltungen, wengleich auch bei der mittleren Verbrauchergruppe zum Beispiel der Grundbedarf weiter gefaßt werden muß und etwa ein Teil der Verkehrsausgaben und der Aufwand für Schule und Erziehung hinzu gerechnet werden muß. Wie weit sich in anderen Dingen die Unterschiede durch Verschiedenheiten der Bedürfnisstruktur oder aber aus notwendigem Konsumverzicht erklären lassen, kann nicht genau festgestellt werden.

Bei den Nahrungsmitteln bietet sich ein Vergleich der je Haushaltsmitglied eingekauften Mengen und Qualitäten an. Hinsichtlich der Qualität bestehen kaum noch Unterschiede, wie Untersuchungen ergeben haben. Dagegen zeigen die verbrauchten Mengen in beiden Haushaltstypen in manchen Fällen Unterschiede. So ist der höhere Milchverbrauch in den Arbeitnehmerfamilien sicher durch die Kinder beeinflusst, während wiederum Kondensmilch in den Rentnerfamilien mehr verbraucht wird. Dagegen ist der Butterverbrauch nur wenig verschieden. Er liegt bei den Rentnern etwas niedriger, während der Margarineverbrauch höher liegt. Der Käseverbrauch ist durch den hohen Quarkverbrauch bei den Rentnern größer. Der Eierkonsum ist in beiden Haushaltstypen gleich.

Tab. 6 Monatliche Ausgaben je Haushaltsmitglied einer unteren und mittleren Verbrauchergruppe 1959

Bedarfsgruppe und Ware	Verbrauchergruppe	
	Untere	Mittlere
	DM	
Nahrungsmittel	54,24	57,20
darunter Vollmilch	2,85	3,39
Butter	2,59	2,74
Margarine	2,36	2,33
Rindfleisch	2,05	1,97
Wurst und Wurstwaren	4,86	6,27
Brot und Backwaren	7,05	7,22
Nährmittel	2,61	2,65
Kartoffeln	2,13	1,86
Frischgemüse	2,74	2,52
Südfrüchte, frische	1,12	1,42
Schokolade und andere Süßigkeiten	1,50	2,28
Getränke und Tabakwaren	6,19	9,82
darunter Bohnenkaffee	2,00	1,99
Tabakwaren	1,45	2,99
Wohnung	15,91	14,67
Hausrat	5,72	12,37
Heizung und Beleuchtung	8,90	6,84
Bekleidung	12,53	19,70
Reinigung und Körperpflege	6,17	6,98
Bildung und Unterhaltung	7,08	13,07
Verkehr	2,45	5,23
Lebenshaltung insgesamt	119,19	145,88

Etwas überraschend ist, daß der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch bei den Rentnern höher ist als bei den Arbeitnehmern, und zwar sowohl bei Rind- und Schweinefleisch als auch bei Kalbfleisch, Geflügel und Wild. Wahrscheinlich essen Mitglieder der Arbeitnehmerfamilien im Betrieb, wodurch sich auch der niedrigere Gemüseverbrauch erklären ließe. Auch der Fischverbrauch, der schon bei den Rentnern gering erschien, wird von dem mittleren Haushaltstyp nicht erreicht. Dagegen werden mehr Wurstwaren gegessen, sicher bedingt durch die Schnitten, die in die Schule und zum Arbeitsplatz mitgenommen werden.

Dennoch ist der Brotkonsum bei den Rentnern insgesamt etwas höher, und zwar sowohl für Roggen- als auch für Weißbrot. Kuchen allerdings kaufen die Arbeitnehmerfamilien wieder mehr. Auch bei Nahrungsmitteln und Kartoffeln haben die Rentner einen höheren Pro-Kopf-Verbrauch. Dagegen wird bei den Arbeitnehmern mehr Obst verzehrt, und zwar besonders Südfrüchte. Sirup und Kunsthonig spielen in beiden Haushaltstypen keine Rolle mehr, jedoch verbrauchen die Rentner fast doppelt soviel Honig je Kopf des Haushaltsmitgliedes. Auch Zucker wird von den Rentnern mehr verarbeitet, während Schokolade und Süßigkeiten in den anderen Haushalten mehr gekauft werden.

Der Bohnenkaffeeverbrauch ist je Kopf bei den Rentnern etwas größer, erklärlich dadurch, daß in diesen Haushalten fast ausschließlich Erwachsene leben. Bei Tee ist es genauso. Der Wein- und Bierkonsum ist dagegen bei den jüngeren Familien größer, ebenso der Tabakwarenverbrauch, hier zeigen sich noch einmal deutlich die altersmäßig bedingten Unterschiede: Zigarren und Tabak werden von den Rentnern mehr geraucht, wenn auch Zigarren einer niedrigeren Preislage, während der Zigarettenkonsum in den Arbeitnehmerhaushalten überwiegt: pro Kopf monatlich 28 Stück, während die Rentner 8 Stück rauchen.

Die relativ stärkere Belastung der Rentner durch Miete, Heizung und Beleuchtung wurde schon hervorgehoben und ergibt sich nochmals bei der Pro-Kopf-Berechnung. Die Rentnerhaushalte können jedoch vergleichsweise nur wenig für die Wohnungseinrichtung ausgeben; bei Möbeln, Haus- und Küchengeräten zeigt es sich besonders deutlich. Auch der Pro-Kopf-Betrag für Bekleidung, und zwar im wesentlichen für Oberbekleidung und Schuhe, liegt niedriger, aber auch für Unterbekleidung und anderen persönlichen Bedarf können in der unteren Verbrauchergruppe nur erheblich niedrigere Beträge erübrigt werden.

Für Reinigung und Körperpflege geben die Arbeitnehmer insgesamt mehr aus, wobei jedoch wieder eine weitere Unterteilung aufschlußreich

ist. Für die Reinigung ihrer Kleider und der Wohnung geben die Rentner pro Kopf mehr aus, während für Körperpflege der Pro-Kopf-Verbrauch bei den Arbeitnehmern höher liegt.

Der Aufwand für Bildung und Unterhaltung unterscheidet sich in beiden Haushaltstypen wesentlich. Er erklärt sich zum großen Teil aus den höheren Belastungen für Schule und weitere Ausbildung bei den jüngeren Familien. Für Ferien und Erholung stehen auch dem Arbeitnehmerhaushalt nur geringe Summen zur Verfügung, wenn sie auch höher sind als in den Rentnerfamilien. Größer ist der Unterschied allerdings bei Kino und anderen Vergnügungen, und zwar zugunsten der jüngeren Familien. Die Verkehrsausgaben je Haushaltsmitglied liegen aus den schon erwähnten Gründen bei den Arbeitnehmerfamilien höher; der Unterschied tritt hier auch besonders bei der eigenen Fahrzeughaltung zutage, da bei der mittleren Verbrauchergruppe das eigene Fahrzeug eine zunehmende Rolle spielt.

Der Vergleich beider Haushaltstypen hat gezeigt, daß sich die Ernährungsweise hinsichtlich Menge und Qualität ungefähr gleicht. Hier dürfte im Laufe der Jahre eine wirkliche Verbesserung eingetreten sein, gerade bei der unteren Verbrauchergruppe. Dennoch belasten die Ernährungsausgaben zusammen mit Wohnung, Heizung und Beleuchtung das Budget stark und weitere Preiserhöhungen würden gerade diese Gruppe besonders hart treffen. Anschaffungen größerer Gebrauchsgegenstände bereiten immer noch Schwierigkeiten und müssen daher zurückgestellt werden. Für wertvollere Bekleidungsstücke dürfte ähnliches gelten. Auch für Bildung und Unterhaltung ist anzunehmen, daß bei den Rentnern noch das Bedürfnis nach Ausweitung besteht, ohne daß ihre wirtschaftliche Lage dies gestattete.

Auch die Höhe der Sparquote läßt Unterschiede bei beiden Haushaltstypen erkennen: Während in den Arbeitnehmerhaushalten 1959 rund 5% der Nettoeinnahmen gespart werden konnten, wurden von den Rentnerhaushalten nur etwa 3% zurückgelegt.

Begriffe und Methoden

Die Angaben in den Tabellen 1 - 5 stellen den Durchschnitt der 2- und 3-Personen-Haushalte einer unteren Verbrauchergruppe dar. - Bei den "ausgabefähigen Einnahmen" (Tab. 1) fehlen Einnahmen aus Schuldenaufnahme, Abhebungen vom Sparkonto, Verkauf und Tausch. - In den "Verbrauchsausgaben" (Tab. 1 - 3) sind Steuern und Versicherungen nicht enthalten. - Zu "Wohnung" (Tab. 2, 3, 6) gehören Miete, Reparaturen und Nebenkosten, vermindert um die Einnahmen aus Untervermietung.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: "Der Verbrauch in Haushalten von Renten- und Fürsorgeempfängern im Jahr 1959" in *Wirtschaft und Statistik* 1960, S. 378 (Juni)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 269	2 299	2 309	2 309	2 312	2 334 ^a	2 335 ^a
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾										
*Anzahl		1 654	1 812 ^b	1 532	1 871	1 044	1 654	1 397	1 996	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,5 ^b	8,1	9,5	5,3	8,3	7,3	10,1	...
Lebendgeborene ²⁾										
*Anzahl		2 867	3 140 ^b	2 869	2 993	3 313	3 310	3 161	3 366	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	16,4 ^b	15,1	15,3	16,9	16,7	16,5	17,0	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 299 ^b	2 331	2 437	2 457	2 250	2 348	2 699	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	12,0 ^b	12,3	12,4	12,5	11,4	12,2	13,6	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	96	93	94	104	95	93	92	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	30,6	32,4	31,4	31,4	28,7	29,4	27,3	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 694	+ 841 ^b	+ 538	+ 556	+ 856	+ 1 060	+ 813	+ 667	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 3,7	+ 4,4 ^b	+ 2,8	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,4	+ 4,2	+ 3,4	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	6 784 ^b	6 700	5 520	7 717	7 811	6 116
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	6 004 ^b	6 402	5 214	6 291	7 322	5 986
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		+ 260	+ 780 ^b	+ 298	+ 306	+ 1 426	+ 489	+ 130
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 713 ^b	10 264	8 891	10 417	11 747	10 235
Wanderungsfälle ⁴⁾										
Anzahl		22 452	22 501 ^b	23 366	19 625	24 425	26 880	22 337
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	168 ^b	177	145	178	195	170
Umsiedler										
davon nach		609	329	287	265	332	151	267	178	142
Nordrhein-Westfalen		326	156	180	133	209	54	166	41	83
Baden-Württemberg		43	24	36	15	5	4	27	26	9
Rheinland-Pfalz		10	6	3	3	4	-	3	-	-
Hessen		12	9	17	12	4	-	-	6	-
Hamburg		218	134	51	102	110	93	71	105	50
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	774 ⁺	.	777	.	.	.	801	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	520 ⁺	.	520	.	.	.	532	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	21	14	22	27	8	9	14	16
je 100 Arbeitnehmer		6,3	2,6	1,7	2,8	3,4	1,0	1,1	1,7	1,9
darunter *Männer	1 000	31	13	7	14	18	4	5	8	10

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze)
 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) Auf Grundlage der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Die Zahlen sind nur als vorläufige Angaben zu verwenden und gelten nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt
 b) auf Normaljahr (365 Tage) umgerechnet

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^c	1 219 ^c	.	1 219	.	.	.	1 251	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^c	460 ^c	.	460	.	.	.	467	.
*Schweine	1 000	1 279 ^c	1 414 ^c	.	1 414	.	.	.	1 636	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^c	154 ^c	.	154	.	.	.	171	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^c	97 ^c	.	97	.	.	.	107	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	18	27	18	18	36	32	18	19
*Kälber	1 000 St	5	6	6	6	7	3	4	4	5
*Schweine	1 000 St	81	90	107	119	125	111	124	138	150
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^d	13 ^e	23	34	31	5	24	33	31
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	11,0	13,2	11,4	12,4	17,8	16,2	13,4	15,1
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	3,8	5,4	3,6	3,9	8,2	7,1	4,1	4,2
*Schweine	1 000 t	5,9	6,8	7,3	7,4	8,1	9,2	8,8	9,0	10,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	217	224	214	223	234	238	234	236
*Kälber	kg	49	52	47	48	50	48	45	49	50
*Schweine	kg	89	87	87	86	87	87	88	86	89
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	146	104	125	140	99	112	134	148
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,8	7,9	9,1	9,8	6,9	8,1	9,4	10,2
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	85	86	86	86	86	86	87
INDUSTRIE⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	168	173	170	170	176	176	174	...
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	138	142	140	140	144	144	142	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 539	25 845	25 485	24 755	25 758	25 777	24 144	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	62,3	66,9	72,6	63,5	71,9	75,5	75,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	19,8	21,5	25,2	21,4	23,3	25,1	27,5	...
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	65	70	74	68	79	80	81	...
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 507	11 496	11 109	11 346	10 881	12 574	9 939	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	46	52	52	51	55	58	58	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	83	90	87	86	98	95	89	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	22	28	26	25	29	29	25	...
*Umsatz ¹²⁾	Mill. DM	479	534	595	554	532	615	646	620	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	82	97	68	98	71	84	103	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	255	286	270	249	r 295	r 294	288	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		592	633	680	659	659	781	820	837	...
Industrie der Steine und Erden		193	236	250	185	135	288	269	182	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	147	142	160	163	162	166	156	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	139	161	180	147	161	150	184	...
Mineralölverarbeitung		688	1 030	987	1 097	1 059	1 201	984	1 270	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	894	1 173	1 077	1 161	1 216	1 065	1 008	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	104	110	100	103	109	102	93	...
papierherzeugenden Industrie		256	292	316	253	307	329	319	286	...
Schiffbaues		311	314	354	308	322	281	293	306	...
Maschinenbaues		272	259	259	322	236	306	291	325	...
elektrotechnischen Industrie		508	589	754	720	753	710	712	731	...
feinmechanischen und optischen Industrie		608	698	967	980	704	876	870	1 160	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	214	243	199	198	231	245	239	...
ledererzeugenden Industrie		115	91	111	98	109	108	109	91	...
Schuhindustrie		216	226	257	202	246	285	289	227	...
Textilindustrie		194	193	220	202	217	221	204	183	...
Bekleidungsindustrie		127	128	156	118	128	r 188	182	148	...
Fleischwarenindustrie		169	178	203	208	164	222	236	244	...
fischverarbeitenden Industrie		189	227	197	207	190	224	253	219	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	124	88	108	113	78	98	125	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	243	261	248	244	r 270	268	243	...
Bauproduktion		189	212	236	183	149	249	245	187	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren c) Dezember d) Winterhalbjahr 1958/59 = 25

e) Winterhalbjahr 1960/61 = 22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	110	131	153	164	140	129	127	129	119
*Stromverbrauch (brutto)	Mill. kWh	143	175	197	213	209	205	214	236	233
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke ¹⁴⁾	Mill. cbm	17	18	19	20	21	18	19	22	21
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹⁵⁾										
*Beschäftigte		55 228	60 895	61 131	59 649	57 232	62 175	61 603	60 852	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 296	9 960	7 974	6 533	10 457	9 841	7 138	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 170	4 407	2 558	2 830	4 346	4 084	2 919	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	27,5	30,1	28,5	20,6	36,3	34,5	25,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	1,8	2,0	2,4	1,9	2,5	2,4	3,1	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	87,9	98,0	116,0	64,5	123,0	114,8	131,4	...
Baugenehmigungen ¹⁶⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁷⁾		922	1 056	921	802	762	1 138	1 265	873	658
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	311	319	294	269	390	309	287	254
Veranschlagte reine Baukosten ¹⁷⁾										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	82,4	79,8	74,4	68,3	103,5	112,7	98,8	67,0
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	58,2	59,3	47,4	43,2	66,1	82,7	67,6	42,0
*Umbauter Raum in allen Gebäuden ¹⁷⁾	1 000 cbm	1 069	1 254	1 169	1 109	985	1 467	1 583	1 350	898
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	818	832	659	577	852	1 043	855	515
*Wohnungen ¹⁸⁾		2 109	2 467	2 439	2 123	1 637	2 402	2 941	2 469	1 447
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 213	2 235	1 882	1 469	2 145	2 717	2 316	1 239
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁹⁾		1 533	2 155	2 198	8 984	817	2 434	1 774	9 208	...
Wohnräume ²⁰⁾		6 064	8 628	8 892	36 213	3 354	10 098	7 294	37 379	...
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	82	100	104	146	92
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		84	96	99	130	92
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		78	106	117	182	88
*Hausrat und Wohnbedarf		78	108	117	165	93
*Sonstige Waren		84	100	101	140	96
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	561	772	433	888	495	831	858	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 214	1 642	1 733	643	1 023	2 320	4 490	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	13 865	13 888	19 722	13 083	r16 671	r16 657	14 755	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	31 799	35 494	33 727	31 019	r47 183	r43 577	36 905	...
*Ausfuhr nach Warengruppen ²¹⁾	Mill. DM	67,7	99,5	95,2	89,2	107,3	69,6	74,0	124,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	7,8	8,1	9,2	8,2	6,6	7,1	6,4	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	91,7	87,1	80,0	99,0	63,0	66,9	118,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,8	2,8	3,3	2,7	3,0	3,3	3,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	7,8	7,8	12,6	8,6	9,0	6,2	10,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	81,2	76,4	64,1	87,7	50,9	57,4	104,2	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,1	3,5	3,8	3,1	4,2	4,3	4,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	78,1	72,9	60,3	84,6	46,6	53,2	99,8	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ²¹⁾										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	16,4	13,5	15,9	15,3	14,9	25,5	27,6	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	3,8	4,0	6,5	5,3	4,7	3,6	6,4	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	7,9	4,9	5,0	5,2	5,3	16,4	15,6	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,1	35,1	39,9	72,3	25,4	24,2	74,3	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,8	9,3	9,3	7,6	7,6	5,6	22,9	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	10,8	7,6	4,4	45,0	4,0	5,2	3,3	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	14,6	1,1	14,0	12,2	1,5	1,8	36,0	...
Schweden	Mill. DM	6,3	5,8	11,7	5,0	3,3	5,2	4,9	5,0	...
Fremdenverkehr ²²⁾										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	129	68	51	59	93	68	54	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	6	5	4	11	6	5	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	815	214	159	179	333	225	168	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	11	9	8	17	13	11	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle

Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen

19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1961/62 = vorläufige Zahlen 22) ab Oktober 1961 = vorläufige Zahlen

nod: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62				
		Monats-Durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
VERKEHR											
Seeschifffahrt ²³⁾											
Güterempfang	1 000 t	377	485	544	488	382	657	479	498	...	
Güterversand	1 000 t	102	144	136	162	168	147	134	150	...	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t	126	137	167	151	121	184	209	147	158	
*Güterversand	1 000 t	195	238	285	252	153	342	295	173	201	
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾											
Schiffsverkehr											
Schiffe		5 645	6 477	6 428	5 948	5 355	7 050	6 605	6 233	5 776	
darunter deutsche	%	65,5	64,9	63,3	60,5	61,7	63,2	62,1	60,5	63,1	
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 461	3 776	3 738	3 312	3 631	3 656	3 698	3 477	
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,4	27,6	24,1	25,7	30,9	26,6	24,8	24,6	
Güterverkehr	1 000 t	3 840	4 804	5 331	5 312	4 529	5 382	5 122	5 059	5 038	
und zwar											
auf deutschen Schiffen	%	32,6	31,2	32,1	26,7	28,2	31,2	29,5	27,5	26,6	
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 436	2 716	2 594	2 248	2 529	2 398	2 412	2 500	
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 369	2 615	2 718	2 281	2 853	2 724	2 647	2 538	
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	3 807	3 366	3 094	2 841	4 625	4 151	3 531	...	
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	159	32	22	19	42	20	19	...	
*Personenkraftwagen		2 107	2 751	2 559	2 248	2 080	3 304	3 156	2 615	...	
*Kombinationskraftwagen		175	177	171	226	228	243	208	218	...	
*Lastkraftwagen		293	323	324	375	265	403	396	346	...	
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle		2 513	3 238	3 745	3 581	2 714	3 734	3 790	3 833	p3 003	
davon											
*mit Personenschaden		918	1 099	1 196	1 043	733	1 237	1 157	1 045	p 849	
*nur mit Sachschaden		1 595	2 139	2 549	2 538	1 981	2 497	2 633	2 788	p2 154	
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	47	60	57	34	53	52	61	p 45	
*Verletzte Personen		1 130	1 391	1 438	1 340	933	1 584	1 453	1 266	p1 053	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾											
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^f	4 212 ^f	4 140	4 212	4 233	4 792	4 862	4 943	...	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^f	1 265 ^f	1 219	1 265	1 249	1 374	1 391	1 436	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^f	1 259 ^f	1 211	1 259	1 246	1 372	1 389	1 425	...	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^f	2 947 ^f	2 922	2 947	2 985	3 418	3 471	3 506	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^f	2 542 ^f	2 514	2 542	2 575	2 945	2 986	3 022	...	
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^f	2 773 ^f	2 744	2 773	2 804	2 991	3 021	3 090	...	
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^f	1 239 ^f	1 266	1 239	1 244	1 312	1 336	1 369	...	
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^f	981 ^f	1 001	981	998	1 049	1 042	1 071	...	
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^f	1 534 ^f	1 477	1 534	1 560	1 680	1 686	1 721	...	
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^f	1 025 ^f	988	1 025	1 041	1 122	1 128	1 159	1 188	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	.	66	.	98	82	91	170	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	.	55	.	71	60	85	135	...	
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	7	7	7	3	12	7	17	3	
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	2	1	2	3	-	1	-	
Wechselproteste	Anzahl	636	746	737	753	705	824	726	806	...	
	Wert	465	500	763	594	465	599	572	631	...	
STEUERN ²⁷⁾											
*Landesteuern	1 000 DM	32 185	45 229	33 696	88 901	45 052	43 402	42 928	94 911	58 576	
darunter											
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	1 782	4 674	1 022	593	2 801	6 014	1 173	812	
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	4 717	4 425	4 592	6 344	5 813	5 075	5 121	7 379	
*Biersteuer	1 000 DM	420	506	523	437	457	699	639	579	510	
*Bundessteuern	1 000 DM	93 577	111 073	106 770	140 040	126 535	123 285	116 979	152 393	135 849	
darunter											
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	35 573	37 591	37 667	47 117	41 180	41 867	42 954	49 410	
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 204	1 280	1 123	1 267	1 384	1 249	1 193	1 103	
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 380	8 855	8 290	8 676	10 280	9 550	9 032	12 817	
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	46 722	47 378	49 952	50 638	53 595	49 159	53 029	47 526	
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 316	35 414	37 703	37 719	38 375	36 492	39 727	38 158	
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	73	47	49	83	37	12	127	29	
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 396	12 146	5 101	5 307	4 578	12 661	7 976	3 603	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen f) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	54 633	33 224	122 736	53 581	48 028	43 263	131 591	71 328
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	19 241	23 801	24 617	28 902	34 430	31 337	31 209	36 382
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	25 473	7 851	65 687	20 021	7 670	8 721	72 638	22 478
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	541	130	483	501	828	160	303	1 126
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 377	1 443	31 949	4 158	5 100	3 045	27 442	11 341
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	73 945 ⁺	.	78 354 ^g	.	.	.	77 335 ^g	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 829 ⁺	.	6 978 ^g	.	.	.	7 273 ^g	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	11 837 ⁺	.	11 383 ^g	.	.	.	12 544 ^g	.
Baulandsteuer	1 000 DM	59 ^g	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	50 517 ⁺	.	54 884 ^g	.	.	.	51 844 ^g	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	4 782 ⁺	.	5 109 ^g	.	.	.	5 816 ^g	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 407 ⁺	.	6 536 ^g	.	.	.	6 094 ^g	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	98	97	97	97	92	93	p 93	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	132	131	131	130	131	131	p 131	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1950=100	125 ^h	126 ⁱ	127	127	128	128	128	128	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	130 ^h	125 ⁱ	124	124	125	132	p 132	p 132	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	113	116	.	.	.	p 126	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	128 ^h	133 ⁱ	131	132	133	135	135	136	...
Einzelhandelspreise	1950=100	111	113	113	113	113	116	116	117	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	102,4	103,0	103,1	103,6	105,4	106,0	106,3	107,2
darunter										
Ernährung	.	102,4	100,8	100,9	101,6	103,1	104,4	104,7	106,1	
Wohnung	.	108,7	115,8	115,8	116,5	119,2	119,2	119,7	120,2	
Heizung und Beleuchtung	.	102,0	103,5	103,6	103,7	104,9	105,2	105,2	106,0	
Bekleidung	.	101,5	102,3	102,5	103,0	104,5	104,9	105,0	105,8	
Hausrat	.	98,6	99,7	99,8	100,3	102,1	102,6	102,7	103,2	
LÖHNE UND GEHALTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttwochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	133,62	138,13	.	.	.	152,91	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	141,99	146,64	.	.	.	162,03	.	.
*weiblich	DM	67,56	79,60	84,45	.	.	.	93,31	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	280,7	290,1	.	.	.	319,4	.	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	297,6	307,2	.	.	.	338,1	.	.
*weiblich	Pf	152,9	181,7	191,9	.	.	.	213,4	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,6	47,6	.	.	.	47,9	.	.
*weiblich	Std.	44,2	43,8	44,0	.	.	.	43,7	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	45,0	44,9	.	.	.	45,2	.	.
*weiblich	Std.	41,4	41,7	41,6	.	.	.	41,6	.	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	675	708	.	.	.	762	.	.
*weiblich	DM	382	428	448	.	.	.	495	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	776	825	.	.	.	880	.	.
*weiblich	DM	403	453	480	.	.	.	528	.	.
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	616	645	.	.	.	719	.	.
*weiblich	DM	331	369	382	.	.	.	423	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	642	643	.	.	.	733	.	.
*weiblich	DM	259	340	.	.
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	633	664	.	.	.	733	.	.
*weiblich	DM	347	387	402	.	.	.	444	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	768	813	.	.	.	873	.	.
*weiblich	DM	391	447	474	.	.	.	520	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 31) Effektivverdienste;

1958 und 1960 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe 33) Handel, Geld- und Versicherungswesen

g) 1. 10. - 31. 12. h) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) i) Wirtschaftsjahr 1960/61 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT													
Wohnbevölkerung	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299
darunter Vertriebene 2)													
in % der Wohnbevölkerung			35	34	31	30	28	28	28	28	28	28	28
Zugewanderte 2)													
in % der Wohnbevölkerung			4	4	5	6	6	6	6	6	6	6	7
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10
Wanderungsgewinn(+) bzw. -verlust(-)	JS	1000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9
Beschäftigte Arbeitnehmer 3)	30.9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772	770	791
darunter in den Wirtschaftsbereichen													
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72	56	54
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355	360	373
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171	177	183
Arbeitslose	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27	17	11
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR													
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1000	480	448	418	394	368	353	337	323	314	306	302
je 1 000 Einwohner	Mai		182	177	169	164	158	154	148	143	138	134	132
VOLKSEINKOMMEN													
Brutto-Inlandsprodukt 4) 5)	JS	Mill. DM	3 866	4 461	5 029	5 313	5 627	6 238	6 879	7 612	8 429	9 073 ^a	9 666 ^a
je Einwohner		DM	1 488	1 781	2 062	2 246	2 441	2 747	3 054	3 371	3 715	3 972 ^a	4 204 ^a
LANDWIRTSCHAFT													
Viehbestand													
Pferde	3.12.	1000	167	148	134	122	107	99	87	80	72	58	46
Rinder	3.12.	1000	999	994	1 045	1 053	1 061	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219
darunter Milchkühe	3.12.	1000	458	454	453	462	451	429	431	431	426	441	460
Schweine	3.12.	1000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414
Schafe	3.12.	1000	129	130	129	123	114	112	112	116	119	113	105
Hühner 6)	3.12.	1000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 7)													
Rinder	JS	1000	164	203	188	240	250	253	229	280	293	295	341
Schweine	JS	1000	818	1 164	1 251	1 238	1 276	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883
Milcherzeugung													
Kuhmilcherzeugung	JS	1000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965
INDUSTRIE 8)													
Beschäftigte	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164	162	168
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72	71	73
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638	659	747
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197	210	238
Umsatz 9)	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782	840	987
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224	236	p 255
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN													
Baugenehmigungen													
Wohnungen	JS	1000	27,7	19,8	21,0	22,6	21,8	24,7	22,3	23,4	25,3	26,6	26,6
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1000	24,7	17,4	18,6	20,4	19,5	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6
Baufertigstellungen													
Wohnungen													
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9
Wohnräume 10)													
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8
Bestand an													
Wohnungen	31.12.	1000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2
Wohnräumen 10)	31.12.	1000	1 853	1 929	1 987	2 055	2 122	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder. Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 5) generalbereinigte Werte 6) ohne Trut-, Peri- und Zwerghühner 7) gewerblich und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandtes, ohne übergebietlichen Empfang 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriegerichterstattung) 9) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 10) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 30. 6. 1961 ¹⁾	Arbeitslose am 30. 9. 1961	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. - 30. 9. 1961 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge ²⁾ im Rj. 1960 in DM je Einw.	Industrie ³⁾		Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1962		
					Beschäftigte am 31. 12. 1961	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im Dez. 1961	Kraft- räder	Pkw ⁵⁾	Lkw
Flensburg	98 048	416	11 687	26,14	7 271	35,6	1 377	8 863	1 416
Kiel	271 732	1 443	40 483	27,48	34 287	83,3	4 094	25 642	3 800
Lübeck	233 495	1 036	36 781	28,09	35 024	109,2	4 159	20 229	3 644
Neumünster	73 394	263	9 884	23,17	13 166	28,9	1 136	6 993	1 186
Eckernförde	65 178	155	4 655	26,32	1 837	4,7	1 585	5 903	672
Eiderstedt	18 997	46	1 751	22,62	400	1,8	744	1 948	286
Eutin	90 030	365	8 683	23,18	4 109	12,7	2 710	8 459	1 309
Flensburg-Land	65 173	161	3 335	19,29	824	2,3	1 769	7 422	784
Hzgt. Lauenburg	130 216	337	11 466	20,03	8 939	24,1	3 937	12 145	1 350
Husum	62 618	150	5 197	18,68	909	3,0	1 581	6 126	880
Norderdithmarschen	57 114	116	4 860	18,60	826	2,4	1 135	5 817	897
Oldenburg (Holstein)	79 868	316	6 756	18,65	1 456	6,9	2 211	7 494	1 005
Pinneberg	218 050	492	25 662	16,49	18 911	79,4	4 183	21 104	3 126
Piön	109 858	402	7 290	19,29	1 883	9,6	2 926	9 974	1 278
Rendsburg	157 110	434	13 390	19,45	9 950	26,8	3 389	14 791	2 119
Schleswig	98 279	129	7 270	21,74	4 190	21,7	2 032	10 149	1 285
Segeberg	94 425	86	7 109	17,16	4 814	15,5	2 570	10 794	1 460
Steinburg	122 743	202	14 577	20,56	10 081	34,4	3 205	10 812	1 828
Stormarn	145 009	315	15 953	16,69	8 842	82,8	3 650	14 869	1 759
Süderdithmarschen	71 749	72	7 219	20,90	5 091	32,1	1 521	6 892	779
Südtondern	61 273	109	6 818	18,60	986	3,0	1 779	6 389	1 007
Schleswig-Holstein	2 324 359	7 045	250 827	20,23	173 796	620,0	51 693	222 815	31 870

Kreisfreie Stadt Landkreis	Schlüsselzuweisungen an Landkreise und Gemeinden im Rj. 1962 in 1 000 DM	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im Jahre 1961						Baufertigstellungen im Jahre 1961	
		Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude ⁶⁾		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden ⁶⁾		Wohnungen		Normal- woh- nungen	Normal- wohn- räume 7)
		ins- gesamt	darunter für Wohn- gebäude	ins- gesamt	darunter in Wohn- gebäuden	ins- gesamt	darunter in ganzen Wohn- gebäuden ⁶⁾		
		1 000 DM		1 000 cbm					
Flensburg	4 600	55 972	35 643	689	447	1 392	1 322	1 023	3 973
Kiel	14 166	122 462	66 249	1 462	832	2 690	2 518	1 817	7 178
Lübeck	13 418	93 347	63 530	1 337	849	3 062	2 927	2 664	10 089
Neumünster	2 821	30 656	17 894	448	234	661	617	598	2 406
Eckernförde	6 439	34 705	25 321	491	335	956	852	794	3 198
Eiderstedt	1 417	10 269	8 353	153	107	293	267	134	565
Eutin	7 578	29 302	19 481	395	268	747	698	708	3 196
Flensburg-Land	7 734	41 009	29 385	625	407	1 005	947	780	3 483
Hzgt. Lauenburg	10 896	55 031	43 533	868	581	1 792	1 559	1 871	7 499
Husum	5 140	26 994	17 767	436	258	560	470	474	1 877
Norderdithmarschen	4 389	18 112	12 372	274	158	461	406	534	2 338
Oldenburg (Holstein)	6 091	42 587	30 883	586	393	1 079	988	948	3 699
Pinneberg	13 241	159 867	119 232	2 173	1 429	3 960	3 663	3 922	15 576
Piön	10 045	52 551	39 759	802	531	1 551	1 407	1 208	4 946
Rendsburg	12 241	63 030	44 218	929	590	1 480	1 324	1 742	7 123
Schleswig	9 184	34 395	20 442	518	275	814	686	791	3 450
Segeberg	8 010	58 990	44 805	907	603	1 680	1 501	1 109	4 763
Steinburg	6 634	58 408	38 234	854	516	1 405	1 294	1 104	4 645
Stormarn	9 853	82 541	59 814	1 169	743	2 168	1 819	2 220	8 912
Süderdithmarschen	5 284	27 656	17 458	434	229	718	572	822	2 463
Südtondern	5 726	66 946	41 792	877	552	1 272	1 125	886	3 819
Schleswig-Holstein	164 907	1 164 830	796 165	16 427	10 337	29 746	26 962	25 949	105 198

1) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 überholt 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 6) Neubau und Wiederaufbau 7) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1000	30.9.61 ¹	54 457	2 332	1 847	6 626	713	16 051	4 860	3 447	7 882	9 619	1 080
Veränderung in %	"	+ 35	+ 47	+ 8	+ 46	+ 27	+ 34	+ 40	+ 16	+ 44	+ 36	+ 21
30.9.1961 geg. VZ 1939	"	+ 13	- 8	+ 17	- 2	+ 29	+ 23	+ 14	+ 15	+ 24	+ 6	+ 14
Bevölkerungsdichte ² , Einwohner je qkm	"	220	149	2 471	140	1 765	473	230	174	220	136	421
Unterricht, Bildung u. Kultur³												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai 60	6 453	302	186	827	85	1 866	567	432	887	1 164	138
in 1000	"	121	132	102	126	122	119	120	128	117	124	132
je 1000 Einwohner												
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴ in 1000	31.12.61	20 797	801	841	2 365	298	6 741	1 804	1 153	3 067	3 368	361
Arbeitslose	"	223	14	5	44	6	37	12	16	6	80	2
in 1000	"	1,1	1,7	0,6	1,8	2,1	0,6	0,6	1,4	0,2	2,4	0,5
je 100 Arbeitnehmer ⁵												
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt in Mill. DM	1959 ⁶	248 420 ^a	9 073	15 441	26 945	4 508	82 312	21 976	12 309	36 657	39 198	.
	1960 ⁶	275 830 ^a	9 666	16 983	29 545	4 875	92 329	24 610	13 746	40 834	43 243	.
in DM je Einwohner	1959 ⁶	4 801 ^a	3 972	8 505	4 128	6 590	5 289	4 698	3 654	4 887	4 204	.
	1960 ⁶	5 271 ^a	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
Landwirtschaft												
Getreideernte ⁷	1961	25	28	26	25	25	24	24	25	26	26	23
in dz je ha	"	12 388	1 145	14	2 582	6	1 864	989	876	1 440	3 400	73
in 1000 t												
Kartoffelernte	"	220	248	225	229	193	198	192	232	228	223	203
in dz je ha	"	21 504	834	26	5 296	16	2 465	1 615	1 877	2 672	6 603	191
in 1000 t												
Erzeugung von Kuhmilch	Dez.61	1 459	134	2	261	2	220	98	75	201	457	10
in 1000 t	"	8,1	9,4	9,0	8,3	7,8	8,7	7,8	7,2	7,4	8,0	8,9
in kg je Kuh und Tag												
Industrie												
Beschäftigte ⁸	31.10.61	8 035	176	234	736	94	2 879	680	367	1 448	1 244	177
in 1000	"	148	75	127	111	132	179	140	107	184	129	164
je 1000 Einwohner												
Umsatz ⁹ in Mill. DM	Okt.61	25 012	615	1 165	2 527	449	9 343	1 981	1 097	4 211	3 219	404
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 640	71	122	397	139	1 291	336	159	624	366	136
Produktionsindex ⁹ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	279	296	252	326	234	(270) ^b	326	312	296	293	.
Bauwirtschaft¹⁰ u. Wohnungswesen												
Beschäftigte	31.10.61	1 424	62	50	182	21	401	119	84	216	258	31
in 1000	"	26,1	26,7	27,1	27,4	29,9	25,0	24,5	24,3	27,4	26,8	28,6
je 1 000 Einwohner												
Geleistete Arbeitsstunden	Okt.61	235	10	8	30	3	66	19	14	36	42	5
in Mill.	"	4,3	4,5	4,5	4,6	4,9	4,1	3,9	3,9	4,6	4,4	4,7
je Einwohner												
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹¹	Nov.61	50 989	2 941	1 410	6 135	831	13 954	5 145	2 410	8 345	8 854	964
Anzahl	"	9,4	12,6	7,6	9,3	11,7	8,7	10,6	7,0	10,6	9,2	8,9
je 10 000 Einwohner												
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)	"	55 277	1 774	2 456	5 239	1 283	16 412	2 950	2 354	9 449	12 096	1 264
Anzahl	"	10,2	7,6	13,3	7,9	18,0	10,2	6,1	6,8	12,0	12,6	11,7
je 10 000 Einwohner												
Ausfuhr	Nov.61	4 242 ^c	74	142	451	49	1 480	373	183	741	447	143
Ausfuhr in Mill. DM ³												
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	3.Vj.61	112	75	209	84	140	125	127	78	121	97	87
Landessteuern ¹²	"	185	162	625	141	366	201	158	128	173	144	125
Bundessteuern ¹³	"	47	36	69	40	63	51	52	38	50	44	38
Gemeindesteuern												
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen ¹⁴ in DM je Einwohner	30.11.61	987	723	1 356	915	1 088	1 061	977	861	1 012	940	901

1) Auf Grundlage der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Die Zahlen sind nur als vorläufige Angaben zu verwenden und gelten nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt 2) Gebietsstand: 31. 12. 1960 3) vorläufige Zahlen 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) generalbereinigte Werte 7) ohne Körnermais 8) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 9) Gesamtindex (ohne Bau) 10) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 11) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 12) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 13) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 14) ohne Postscheck- und Postsparkassenämter a) ohne Saarland b) 1936 = 100 c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Sseite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Bevölkerung 1960	1/8
Unterricht, Bildung und Kultur	
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Handelsdünger 1960/61	1/10
Obsternte 1961	2/61
Schlachtier- und Fleischbeschau	1/12
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Industrie und Handwerk	
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Verkehr	
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49
Öffentliche Finanzen	
Umsätze 1960	2/54
Vermögensmillionäre	2/63
Preise	
Baupreisstatistik	1/19
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4

Neu erschienen:

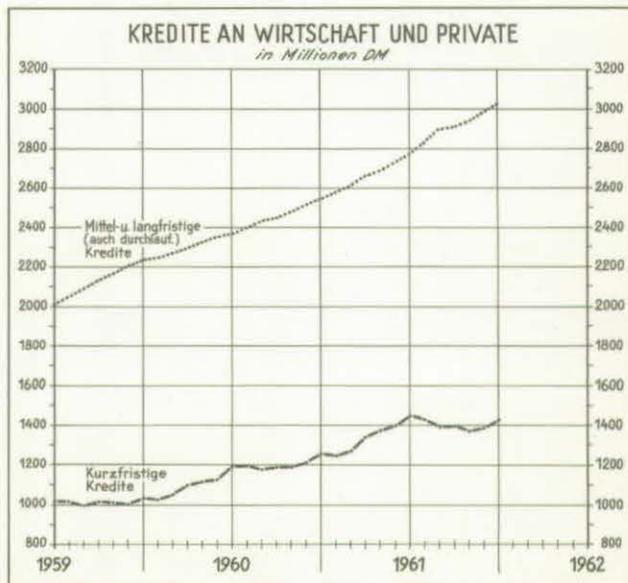
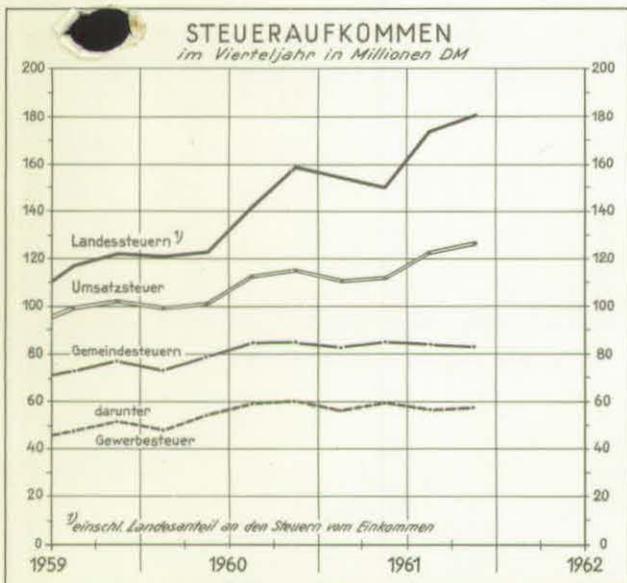
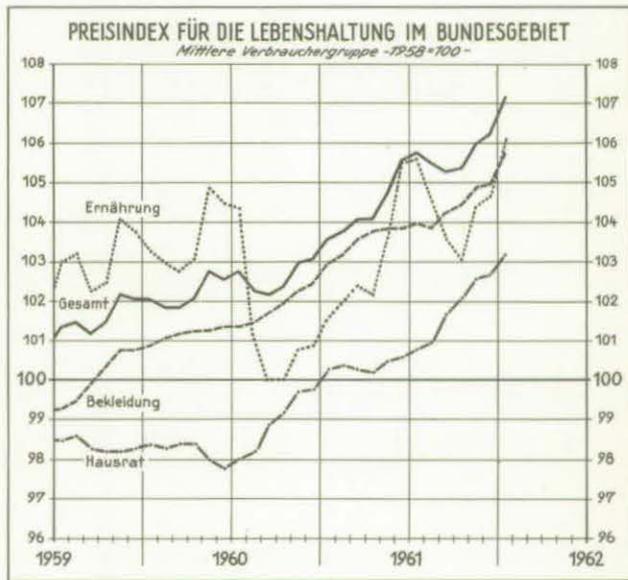
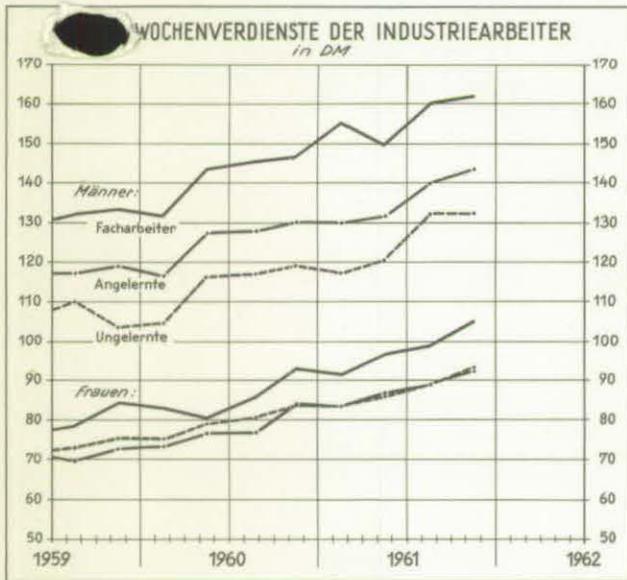
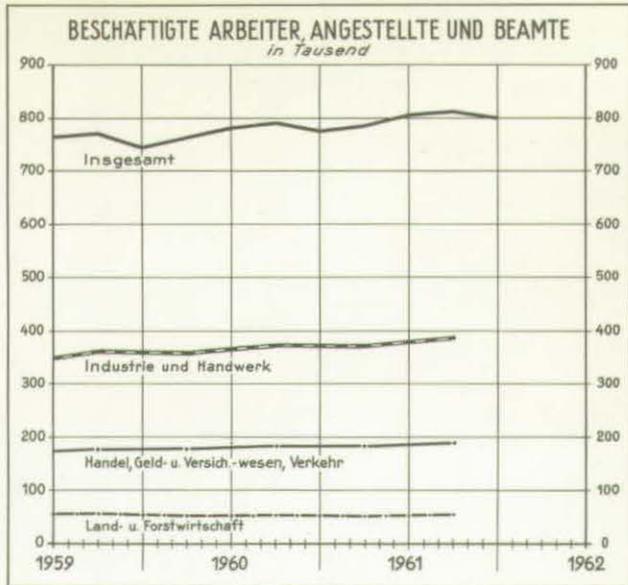
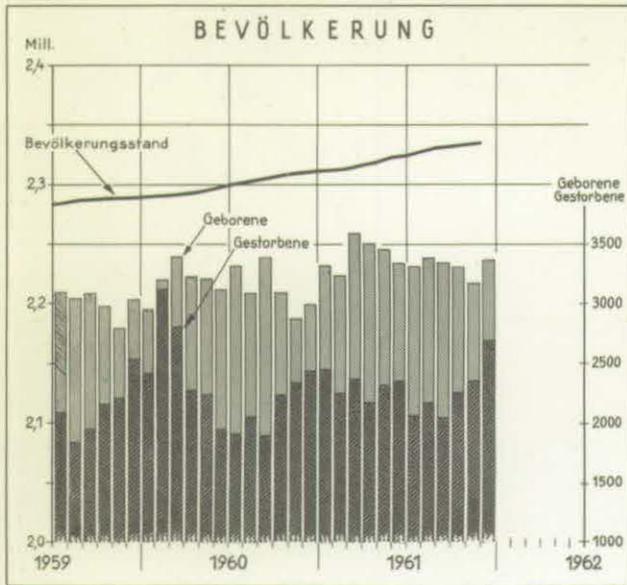
Statistische Berichte

P 11 - 5 „Das Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet
und in den Ländern nach Wirtschaftsbereichen
1950 - 1960“

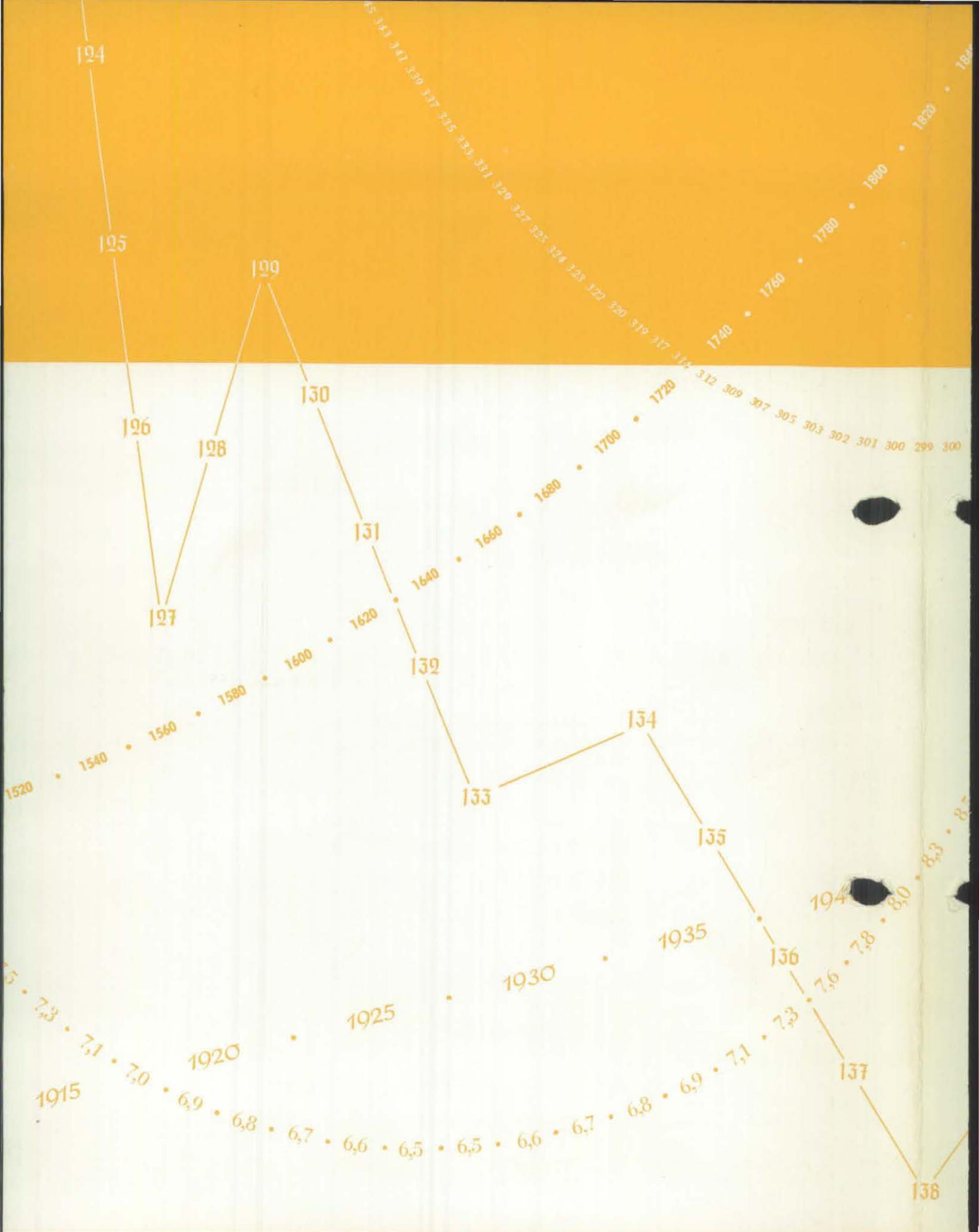
32 Seiten, Preis 3,- DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-3015



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen